Abonnementspreis
mit der wöchentlich zweimal erscheinenden Unterhaltungs-Beilage Rast der Arbeit einschl. Bringerlohn 90 Pf., bei Selbstabholung in den Ausgabestellen 60 Pf. pro Monat. Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste 6962) pro Vierteljahr M. 2.75. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 6 M., für das übrige Ausland 7 M. pro Vierteljahr.

Redaktion
Zwingerstraße 22, part.
Sprechstunde an Wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Telephon: Amt I, Nr. 1709.

Telegramm-Adresse: „Arbeiterzeitung Dresden."

Sächsische Arbeiter-Zeitung

Organ zur Wahrung der Interessen der Arbeiterklasse.

Inserate
werden die 6 gespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 20 Pf. berechnet und bei wiederholter Aufnahme entsprechender Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 15 Pf. Inserate müssen bis spätestens Vorm. 10 Uhr früh in der Expedition angegeben sein und sind im voraus zu bezahlen.

Expedition:
Zwingerstraße 22, part.
Geschäftszeit von morgens 8 bis abends halb 8 Uhr.
Telephon: Amt I, Nr. 1709.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Nr. 43. | Dresden, Freitag den 21. Februar 1902. | 13. Jahrg.

Wie steht's?

In der gestrigen Sitzung der Zolltarifkommission gab Staatssekretär Graf v. Posadowsky eine längere Erklärung ab, die zunächst vom Vorsitzenden als im vollsten Umfange streng vertraulich bezeichnet wurde. Nachher forderte der Staatssekretär die Diskretion aber selbst nur für diejenigen Stellen, die sich auf unser zollpolitisches Verhältnis zum Auslande beziehen. Wir haben gestern bereits in einem kurzen Telegramm den Hauptinhalt der Erklärung unseren Lesern bekannt gegeben. Der Staatssekretär führte im nicht vertraulichen Teile seiner Rede folgendes aus: Unser Handel hat sich auch unter der Geltung eines 5 M.-Zolls für Roggen früher gedeihlich entwickelt. Die Kaufkraft des Landes hat nicht nachgelassen, die Kriminalität ist nicht gestiegen, die Volksvermehrung ist nicht zurückgegangen, kurz alle Befürchtungen, die an die Einführung eines 5 M.-Zolls für Roggen geknüpft wurden, sind durch die Thatsachen nicht bestätigt worden. Es geht nicht an, bei Erörterung der Getreidezölle auf Irland oder Dänemark zu exemplifizieren, da in beiden Gebieten die Verhältnisse ganz anders liegen als bei uns. Das „grüne Eiland" ist durch den Golfstrom begünstigt und die Landwirtschaft hat dort deshalb vorwiegend mit Weideland zu rechnen, ähnlich wie in Dänemark und Oldenburg, wo die Marschen ihrer Natur nach zu Weideland geschaffen sind. Für die Regelung unserer Zollsätze können nur die Bruttokosten der Erzeugung diesseits und jenseits der Grenze maßgebend sein. Die Zollsätze des Entwurfs für Getreide stellen die äußerste Grenzlinie dar, von einem Doppeltarif sei im Entwurf nicht die Rede. Die Festlegung von Minimalsätzen für 4 Getreidearten soll nur eine feierliche Erklärung der Absichten der Regierung sein. Vier Minimalzölle machen aber noch keinen Doppeltarif.

Nachdem der Staatssekretär diese Erklärung abgegeben hatte, verließen die Agrarier, die in großer Zahl neben Vertretern anderer Parteien als Gäste der Kommissionsverhandlung beiwohnten, in hellen Haufen den Sitzungssaal — ein Exodus der Enttäuschten!

Im Tarifentwurf sind — so führt der Minister fort — die verschiedenen inländischen Interessen gegen einander abgewogen worden. Nachdem nun aber einmal diese Ausgleichung der Interessen im Tarifentwurf auf Grund aufrichtigsten Wohlwollens für die landwirtschaftlichen Interessen und nach reiflichster Prüfung aller in Frage kommenden Verhältnisse durchgeführt worden ist, **muß als durchaus ausgeschlossen bezeichnet werden, daß die Minimalzölle dem Antrag Herold entsprechend erhöht würden.** Will die Mehrheit des Reichstags um jeden Preis hohe Zölle aufrecht erhalten, dann muß sie das System der Minimalzölle ganz fallen lassen und alles dem Belieben der Regierung anheimstellen.

Der Staatssekretär wies sodann des Näheren aus einer Rede des Fürsten Bismarck bei Verhandlungen über einen Handelsvertrag mit Frankreich nach, wie innig sich gemeinpolitische und handelspolitische Fragen mit einander verquicken. Posadowsky schloß mit der Erklärung, daß, wie der Reichskanzler schon deutlich zu erkennen gegeben habe, die verbündeten Regierungen **„für diesen Antrag Herold in keinem Stadium der Verhandlungen zu haben sein würden"**.

• • •

Nach der Erklärung des Staatssekretärs kam es zunächst zu einer Geschäftsordnungsdebatte, ob und was der Oeffentlichkeit mitgeteilt werden solle. Der Vorsitzende erteilte sodann dem Abg. Graf Schwerin-Löwitz (kons.) das Wort.

Abg. Bebel erhebt dagegen Widerspruch und verlangt, daß nach der gestrigen Rednerliste verfahren werde, in der der Abg. Schwerin-Löwitz nicht der erste Redner war, sondern ein Redner der freisinnigen Partei an erster Stelle stand.

Es entsteht nun eine Debatte darüber, ob das Verlangen des Abg. Bebel berechtigt sei. Der Vorsitzende erklärt, daß er das Wort erteile, an wen er wolle. Die Abg. Stadthagen (Soz.) und Bebel (Soz.) erklären, ein solches Verfahren widerspreche der Geschäftsordnung. Bei Beginn der Kommissionsverhandlungen habe man festgesetzt, daß abwechselnd ein Anhänger und ein Gegner des Zolltarifs das Wort haben solle.

An dieser Geschäftsordnungs-Debatte beteiligen sich noch die Abgg. v. Kardorff (Reichsp.), Fischbeck (freis. Volksp.), Gothein (freis. Vereinig.), Graf Schwerin (kons.), Dr. Heim (Zentr.), Speck (Zentr.), Dr. Spahn (Zentr.), Dr. Paasche (natl.) und Staatssekretär Graf Posadowsky. Das Vorgehen des Vorsitzenden findet keine Unterstützung und er ist schließlich gezwungen, dem Abg. Dr. Müller-Meiningen das Wort zu erteilen. Abg. Dr. Müller-Meiningen (freis. Volksp.): Die Entschiedenheit, mit der der Staatssekretär erklärt hat, daß die Regierung keinesfalls über die im Tarif für Getreide festgesetzten Zölle hinausgehen wolle, sei erfreulich. Auch insofern, als aus ihr das Zugeständnis, daß der Doppeltarif verfehlt sei, zu erkennen sei. Zu begrüßen sei auch die Erklärung des Abg. Dr. Heim aus der Geschäftsordnungs-Debatte, aus der hervorgehe, daß die Stellung der Regierung zu den Gerstenzöllen den bayrischen Flügel des Zentrums aus der Mehrheit herausdränge. Redner geht auf die Frage der Verfassungsmäßigkeit des Minimaltarifs ein und bestreitet die Zulässigkeit von Doppeltarifen. Redner geht auf die Stellungnahme der Presse des Auslandes zu der Zolltarifvorlage ein. Die Aeußerungen der ehemaligen französischen Handelsminister Meline und Delombre, daß die deutsche Regierung große, fast unüberwindliche Schwierigkeiten haben werde, halbwegs günstige Handelsverträge herzustellen, seien jedenfalls beachtenswert. Im schutzzöllnerischen Frankreich habe sich die von der Opposition befürchtete künstliche Begünstigung der Großlandwirtschaft und Schädigung der Kleinlandwirtschaft bereits eingestellt. Redner zitiert den Zentrums-Abgeordneten Bachem, der in der Reichstagssitzung vom 13. Dez. 1887 ebenfalls die Interessengemeinschaft der großen und kleinen Landwirte, sowie der norddeutschen und süddeutschen Landwirtschaft geleugnet habe. Hiermit stimmen auch die gestern zitierte Aeußerung des badischen Ministers Buchenberger und frühere Aeußerungen Caprivis und Hohenlohes überein. Professor Conrad habe eingehende Erhebungen über die Möglichkeit für kleinere Landwirte, Getreide zu verkaufen, angestellt, und diese sprächen durchaus gegen die geplante Zollerhöhung. Als der Redner dann an der Hand eines reichen Zahlenmaterials aus der Reichsstatistik die Betriebsweise der Meiningenschen Landwirtschaft, die mit der gesamten mitteldeutschen im wesentlichen übereinstimmt, auseinandersetzt, wird die Mehrheit ungeduldig und unterbricht den Redner durch wiederholte Schlußrufe. Redner verbittet sich derartige Störungsversuche und fährt in seinen Darlegungen fort. Eine Gleichstellung des Gerstenzolles mit den andern Getreidezöllen sei nicht gerechtfertigt. Der Gerstenpreis sei hoch genug gewesen und die Erhöhung des Gerstenzolls nicht zulässig, weil dadurch die Viehmäster am schwersten getroffen würden, da sie die ausländische Gerste nicht entbehren könnten.

Redner fährt in seinen Darlegungen fort, obwohl bereits das Glockenzeichen zur Eröffnung der Plenarsitzung ertönt. Dem wiederholten Ersuchen des Redners, der über zwei Stunden gesprochen hat, die Sitzung zu vertagen und ihn am Freitag weiter sprechen zu lassen, wird von der Mehrheit nicht stattgegeben und ein dementsprechender Antrag von der Mehrheit der Kommission abgelehnt. Daraufhin verzichtet Abg. Dr. Müller-Meiningen aufs Wort, und nunmehr wird die Weiterberatung auf Freitag vertagt. Schluß 1 Uhr 25 Minuten.

Zu der Erklärung Posadowskys sagt die konservative Kreuzzeitung: Auf eine derartige Kundgebung mußte man gefaßt sein. Zu unserer Auffassung vermag uns die Erklärung des Grafen Posadowsky nicht zu erschüttern. Sollte die Erklärung des Grafen Posadowsky das letzte Wort der Regierung bedeuten, so müßte man die Hoffnung, daß beim Zolltarif überhaupt etwas zu stande komme, bedeutend herabsetzen.

Aehnlich schreibt das Berliner Zentrumsblatt, die Germania, daß das jetzige Kompromiß kaum noch Aussichten habe und damit seien auch die Aussichten der ganzen Zolltarif-Vorlage auf ein Minimum herabgedrückt worden.

Das rheinische Zentrumsblatt, die Köln. Volkszeitung, schreibt folgendes: Graf v. Posadowsky soll der Kommission nahegelegt haben, sie möge, der Regierung vertrauend, die Mindestsätze überhaupt fallen lassen. Dazu wird die Kommission sicher in keiner Weise geneigt sein. Der von der Mehrheit versuchte Kompromiß, an welchen vielfach noch Hoffnungen geknüpft wurden, ist jedenfalls nunmehr als vollständig gescheitert zu betrachten, und man steht vor einer ganz neuen Lage. Die ohnehin schon geringe Aussicht, über die Zollfrage überhaupt zu einer parlamentarischen Verständigung unter den Parteien und mit der Regierung zu gelangen, erscheint jetzt nahezu ausgeschlossen.

Die Deutsche Tageszeitung, das Hauptorgan der Bündler, hat sich gestern abend noch nicht zu einer Aeußerung über die Lage aufschwingen können; in ihrer heutigen Morgenausgabe faucht sie die Regierung wütend an und wirft sich als Beschützerin der Rechte des Reichstags auf! Aber für Fortsetzung der Verhandlungen ist sie doch, angeblich, um dem ganzen Lande zu zeigen, wer die Verantwortung für die Vernichtung der Agrarierhoffnungen trägt.

Das ist Geschwätz, weiter nichts. In Wirklichkeit scheinen uns die Dinge so zu stehen, daß die Linke alle Ursache hat, auf dem Posten zu sein und zu bleiben; auch die ungebärdigsten Agrarier werden nehmen, was sie kriegen können und sich höchstens dann den Luxus der konsequenten Opposition gegen die Regierungsvorlage gestatten, wenn — deren Annahme sicher ist! Aber die Regierungsvorlage ist für uns ebenso unannehmbar, wie die verschiedenen Kompromißanträge, wir bekämpfen sie bis aufs Messer. Und wenn die Wucherfreunde jetzt den Weg zu einer neuen „Einigung" suchen wollen, dann bleiben wir auf dem Gefechtsfelde stehen, bereit, die Schlacht wieder aufzunehmen. Nieder mit allen Wucherplänen!

Politische Uebersicht.

Die Prinzenfahrt

nach Amerika ist schon einige Tage angetreten, wahrscheinlich heute noch wird Prinz Heinrich auf dem Lloyddampfer Kronprinz Wilhelm in New-York einlaufen, allwo das vorschriftsmäßig begeisterte Volk der Union ihn mit Festivitäten erwartet, die wenigstens in ihrer Massigkeit imponierend sind. Und wenn wir unseren braven Offiziösen glauben dürfen, so wird dieser Besuch einen schier wunderwirkenden Einfluß auf unser Verhältnis zur großen Dollarrepublik haben und vor dem gewinnenden, leutseligen Lächeln des

Ecce ego — Erst komme ich!

Roman von Ernst von Wolzogen.

(3. Fortsetzung.) [Nachdruck verboten.]

Aribert guckte ihm verschlafen auf die Finger, aber so schnell vermochte er nicht zu folgen. Er machte daher die Gebärde des Schreibens, worauf Friedrich Karl sofort eine kleine Schiefertafel aus seiner Brusttasche zog und sie hastig zu bekritzeln begann. Während er schrieb, steckte sich Aribert eine von seinen krummen und grünfleckigen Zigarren an und qualmte aus Leibeskräften zur Beruhigung seiner Nerven; übrigens hoffte er dadurch auch die Audienz abzukürzen, die er seinem Bruder schließlich doch gewähren mußte; denn der war etwas schwach auf der Brust und konnte den Tabaksqualm nicht ausstehen.

„Na, zeig' mal her, was hast De denn da für'n langen Salm zusammengeklaut?" brummte er, als ihm der Bruder das beiderseitig mit enger Schrift bedeckte Täfelchen hinreichte. Er trat damit ans Fenster und buchstabierte sich mühsam — denn Friedrich Karl schrieb sehr schlecht und bediente sich zudem vieler Abkürzungen und Auslassungen — folgendes zusammen: „Tante mir alles gelogt. Du heiraten oder alles bankrott. Strehsen verkaufen. Mir alles fortnehmen, kann verhungern. Du bist dumm. Ich Familie retten („Ich" war dreimal unterstrichen). Ich große Erfindung, viel, viel Geld; muß mir zweihundert Thaler geben nur. Gleich Berlin reisen. Du brauchst nicht heiraten." Das war alles.

Aribert musterte seinen Bruder mit höhnischem Blick vom Kopf bis zu den Füßen und lachte gerade hinaus. Das kränkte Friedrich Karl. Er trat unruhig hin und her, von einem Bein aufs andere und wollte ihm die Tafel entreißen. Aber Aribert gab sie nicht her, sondern spuckte darauf, wischte sie mit seinem Taschentuch ab und schrieb: „Was ist denn das wieder für eine großartige Erfindung?"

Der Bucklige las, setzte eine sehr wichtige Miene auf und schrieb mit großen, triumphierenden Buchstaben darunter: „Sand" (zweimal unterstrichen)

„Bist Du verrückt geworden?" höhnte Ari und schrieb auf die andere Seite der Tafel: „Brauchst Du nicht erst zu erfinden. Sand haben wir hier mehr wie wir brauchen können."

Friedrich Karl wischte eifrig mit dem Rockärmel die Tafel ab und schrieb: „Ich mache Dünger aus Sand. Ganz Strehsen Dünger — Goldgrube."

Und Aribert wieder, indem er hell auflachte: „Na, na, Deine Erfindung scheint mir allerdings Mist."

Jetzt wurde aber Friedrich Karl böse. Er drohte dem Bruder mit der Faust, klopfte mit den Knöcheln gegen seine Stirn und dann setzte er sich mit seinem Täfelchen auf einen Stuhl am Fenster und malte, einige Male nachdenkend innehaltend, eine ganze Reihe lateinischer Buchstaben mit kleinen Zahlen darunter; ganze Gruppen solcher Buchstaben in Klammern und mit Pluszeichen untereinander verbunden, eine ganz verwickelte chemische Formel.

Aribert schaute ihm dabei über die Schulter und las verwundert, was der da kritzelte: $HNO_3 + KNO_3 + (SiH_4 + P_2O_5) + NH_3$ . . . Hier unterbrach er ihn, berührte den Bruder an der Schulter, so daß er aufblickte und formte langsam und ungeschickt, indem er dabei die arg kohlende Zigarre zwischen den Lippen hin- und herschob, mit den Fingern die Buchstaben QUATSCH.

Friedrich Karl sprang wütend auf, gestikulierte mit seiner Tafel herum, klopfte darauf, hielt sie dem Bruder dicht vor die Nase, klatschte sich mit der flachen Hand auf die Stirn und wies dann wieder mit verächtlicher Miene nach Ariberts Kopf, als ob er sagen wollte: „Hier in meinem Schädel, da sitzt der Geist, Deiner ist hohl. Du verstehst nichts, aber ich werde es Dir schon beweisen." Und dazwischen stieß er immer wieder seine schauerlichen halbtierischen Laute aus, so daß sich Aribert entsetzt die Ohren zuhielt.

Endlich gelang es ihm, dem Aufgeregten das Täfelchen zu entreißen, und er schrieb darauf, während jener keuchend, erwartungsvoll vor ihm stand: „Erfinde meinetwegen, was Du willst, Mist aus Gold, oder Gold aus Mist. Ist mir ganz egal; aber Geld kann ich Dir dazu nicht geben, weil ich selber keins habe."

Friedrich Karl las und schrieb wütend, mit kreischendem Stift darunter: „Tante und ich abreisen. Tante mir alles vermachen."

Aribert zuckte die Achseln, löschte aus und schrieb: „Schön. Dann reisen wir alle Drei. Morgen fahre ich zur Brautschau."

Friedrich Karl verzog sein zorngerötetes Gesicht zu einem unheimlichen Lächeln und schrieb: „Gut, Sprengbombe. Hochzeitstag alles in die Luft. Hurra!"

„Nu aber raus!" schrie Ari den kleinen Mann wütend an. „Wenn Du unangenehm werden willst, Männeken, denn wirst De eingesperrt. Verstanden?" Und da er immer noch nicht vom Platze weichen wollte, sondern die großen leuchtenden Augen fragend auf ihn gerichtet hielt, so blies er ihm den Rauch seiner Zigarre ins Gesicht, so daß er ins Husten kam und sich zum Rückzug genötigt sah.

Drohend schwang er sein Täfelchen, kreischte lauter als je vorher: „Hallaloi . . . Aaaho! Hucklepucklepuckle . . ." Und da erstickte ihm der Husten die schauerlichen Laute in der Kehle — er stolperte über die Schwelle hinaus und zog die Thür mit einem Krach hinter sich zu. Er polterte die Treppe hinauf — und dann krachte wieder eine Thür — und noch eine, daß das ganze Haus erzitterte — dann wurde es endlich still.

Aribert schloß einen kleinen Wandschrank auf, in dem er seine Schnäpse und Zigarren zu verwahren pflegte. Er schenkte sich ein Gläschen Kognak ein, goß es hinunter und schüttelte sich. Dann entnahm er dem Bücherbrett zwei Bände eines landwirtschaftlichen Lexikons, setzte sich damit ans Fenster und las aufmerksam den langen Artikel über „Dünger" und dann den weit kürzeren über „Sand" durch. Wenn man aus dem Sandboden irgend etwas herausziehen will, so muß man ihn fleißig düngen — das war eine allbekannte Thatsache, die keines weiteren Beweises bedurfte; aber einen anderen Zusammenhang zwischen diesen beiden Naturprodukten vermochte er nicht zu entdecken, und auf welche Weise Friedrich Karl Sand in Dünger verwandeln wollte, das blieb ihm vollends rätselhaft.

SLUB Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19020221/1
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Prinzen, daß die entzückten Schmocks der bürgerlichen Blätter nicht genug preisen können, müssen alle gegenseitigen Mißverständnisse und unfreundlichen Gesinnungen vergehen, wie Nebel vor dem Flammenkuß der Sonne. In dieser Weißglut der Begeisterung, die nun die Union von Anfang bis zu Ende erfüllen wird, müssen die scharfen Spitzen und Haken der wirtschaftlichen Interessengegensätze zerschmelzen. So singt der Chor der Offiziösen und das Gros der bürgerlichen Presse will natürlich nicht unpatriotisch sein und stimmt in den Tischurambes ein und die Schmocks, die sich mit dem Prinzen eingeschifft haben, um in langen Originalberichten schildern zu können, wie er sich räuspert und wie er sich spuckt, überbieten einander in Brillanten. Es ist wahrlich nicht ihre Schuld, wenn der deutsche Staatsbürger nicht zu der Einsicht kommt, daß eine Haupt- und Staatsaktion vor sich geht.

Es fällt uns nicht ein, die Vergnügungsreise des Prinzen nach Amerika mit jener Reise zu vergleichen, die er vor einigen Jahren nach Ostasien antrat. Damals führte er die gepanzerte Faust und war bereit, das Evangelium Wilhelms II. — was immer er darunter verstanden haben mag — zu verkünden. Diesmal trägt seine Hand den Glacéhandschuh und sein Mund wird Freundschaftsbeteuerungen sprechen und Grüße Wilhelms II. überbringen. Aber in einer Hinsicht hat die Reise von damals eine Aehnlichkeit mit der jetzigen. Auch ihr ging der Jubel dienstwilliger Federn voraus, auch ihr wurde glänzender Erfolg prophezeiht. Und ein Jahr später war der Burenaufstand und der Hunnenzug.

So schlimm wird ja der Epilog zur Fahrt nach dem Westen nicht werden. Aber ob nicht ein Zollkrieg ihr folgen wird, das ist eine andere Frage. Wenn's nach unseren Agrariern ginge, die heute natürlich auch in der vorschriftsmäßigen Freude über des Prinzen Reise plätschern — die Kreuzztg. hat sich sogar einen langen Leitartikel abgequält, worin die große Republik gepriesen und nur ganz zuletzt und ganz leise an die zollpolitischen Differenzen erinnert wird —, so würde der Zollkrieg lieber heute wie morgen ausbrechen, und was wird, wenn der Wuchertarif Gesetz werden sollte, das läßt sich heute noch nicht ermessen.

Jedenfalls aber wissen wir, daß die Beratungen unserer Zolltarifkommission weit größere Bedeutung für unsere Beziehungen zu Amerika haben werden, als der persönliche Eindruck, den der liebenswürdige Prinz Heinrich auf die Yankees machen wird. Die Amerikaner sind freilich reiche Leute, die sich auch ihre Eitelkeit etwas kosten lassen können, und der herrschenden Geldaristokratie ist der Besuch eines wirklichen Prinzen freilich sehr schmeichelhaft. Aber in Geschäftssachen hören denn doch schließlich alle sentimentalen Rücksichten auf, besonders in der neuen Welt, und die Gepflogenheiten des Familienlebens werden nicht so ohne weiteres auf das Staatsleben übertragen. Familienbande und persönliche Beziehungen zwischen Monarchen mögen unter gewissen Umständen und innerhalb sehr, sehr enger Grenzen die Beziehungen zwischen ihren Staaten verbessern können. Bei einer Republik mit wechselndem Oberhaupt und wechselnder parlamentarischer Regierung fällt das fort. Und deshalb vermögen wir der Reise des Prinzen nicht einmal die beschränkte Bedeutung zuzusprechen, die wir sonst Fürstenreisen zuzugeben geneigt wären. Mit Recht weist die New-Yorker Volkszeitung, unser deutsch-amerikanisches Bruderorgan, darauf hin, daß es keine unzuverlässigere Bundesgenossen geben kann, als die nur nach ihren nächsten Profitinteressen sehende Plutokratie, die jetzt die Union beherrscht und daß ein wirkliches Einvernehmen zwischen der Union und Deutschland sich nur gründen kann auf das Bündnis der demokratischen Massen der klassenbewußten Arbeiter!

Der neue schweizerische Zolltarif.

Z. Der vor einigen Tagen veröffentlichte Entwurf eines neuen schweizerischen Zolltarifs zeigt, wie böse Beispiele gute Sitten verderben. Die wilde Agitation der deutschen Agrarier ist an den schweizerischen Agrariern nicht spurlos vorübergegangen, sondern hat bei ihnen ebenfalls weitgehende schutzzöllnerische Begehrlichkeit geweckt. Nach den Mitteilungen des Sekretärs des 78000 Mitglieder zählenden schweizerischen Bauernverbandes, Dr. Ernst Laur, wurden in vier großen Kommissionen des Bauernverbandes die Vorarbeiten zu dem neuen Zolltarif gemacht und 150 Zollpositionen unter Berücksichtigung der Zollansätze seit 1851 in der Schweiz und im Ausland aufgestellt. Die dann an das eidgenössische Landwirtschaftsdepartement in Bern gemachte Eingabe des Sekretariats enthält Vorschläge für Minimalzölle. Immerhin wurde das Getreide dabei weggelassen und insofern stehen allerdings die schweizerischen Agrarier über ihren deutschen Junkergenossen — freilich mußten sie sich auch sagen, daß ein Tarifgesetz mit erhöhten Getreidezöllen kaum Aussicht hätte, in der Volksabstimmung Annahme zu finden.

Zunächst sei bemerkt, daß der schweizerische Bundesrat ebenso wie die deutsche Reichsregierung die verschiedenen Zollpositionen sehr spezialisiert hat, so daß der Entwurf 1118 Positionen enthält gegen nur 728 im geltenden Tarif. Da der deutsche Entwurf 946 Positionen enthält, so weist der schweizerische noch 172 mehr auf. Für eine Anzahl Positionen sind die Zollansätze unverändert gelassen worden, für verschiedene andere wurden sie sogar noch reduziert, so für Weißblech von 3 auf 2 Franken, für Wellrohre von 1,50 auf 1,00 Franken 2c. Für ungefähr die Hälfte wurden dagegen die bisherigen Zollansätze erhöht.

Unverändert sind die Getreidezölle mit nur 30 Cts. per Doppelzentner, die nur eine Kontrollgebühr sind; auch der Malzzoll mit 1,20 Fr. bleibt, während Reis mit 1 Fr. statt der bisherigen 2,50 Fr. verzollt werden soll. Ferner weisen von den wichtigsten Nahrungsmitteln Zollerhöhungen auf: Frisches Fleisch 12 Fr. (bisher 4,50 Fr. im Vertragstarif und 6 Fr. im Generaltarif), konserviertes Fleisch 16 bis 20 Fr. (6 Fr. bezw. 8 Fr.), Wurstwaren 35 Fr. (12 und 25 Fr.), Eier 5 Fr. (1 und 4 Fr.), frische Butter 15 Fr. (7 und 8 Fr.), Schweineschmalz 10 Fr. (5 und 5 Fr.), Naturwein in Fässern 15 Fr. (3,50 und 6 Fr.), Kunstwein 60 Fr. (12 Fr.); für Ochsen beträgt der neue Zoll 35 Fr. (bisher 15 und 30 Fr.), Zuchtstiere 40 Fr. (25 und 35 Fr.), Kühe und Rinder 35 Fr. (18 und 25 Fr.), Schweine über 60 kg Gewicht 15 Fr. (5 und 8 Fr.), Schweine unter 60 kg 30 Fr. (4 und 8 Fr.); ferner für Kaffee 10 Fr. (5 Fr.), Zucker in Hüten 12 Fr. (9 Fr.), Sago und Tapioka 20 Fr. (7 Fr.), Honig 20 Fr. (15 Fr.), gedörrtes Obst 10 Fr. (2,50 und 5 Fr.), frisches Gemüse 2 Fr. (frei und 1 Fr.); Bodenleder 24 Fr. (8 Fr.), Oberleder 40 Fr. (16 Fr.), Schuhe aus Kalbleder 175 Fr. (60 und 130 Fr.) usw.

Das Hauptgewicht legen die Bauern auf die Vieh- und Weinzölle und der Bundesrat hat da, wie eine Vergleichung der vorstehend angeführten Zollansätze lehrt, ein sehr weitgehendes Entgegenkommen bewiesen. Die Weinzölle sind gar bis zu 700 Proz. höher! Die Viehzölle fordern den schärfsten Kampf der Arbeiter heraus, denn die Fleischpreise haben schon heute eine solche Höhe erreicht, daß zahlreiche Arbeiterfamilien nur selten Fleisch auf den Tisch bringen können. Der Weinzoll soll den Import ausländischer Weine beschränken und den Absatz einheimischen Weines begünstigen; er wird das erstere bewirken, zugleich aber die schon heute zu hohen Weinpreise weiter steigern und so einen Rückgang des Weinkonsums bei gleichzeitiger Zunahme des Bierkonsums zur Folge haben.

Erhöht sind ferner die Zölle für verschiedene Fabrikate, so für Textilwaren, Konfektion, für Maschinen, Werkzeuge und Geräte, optische Instrumente, chemische Produkte, für Erzeugnisse der Industrie der Erden und Steine 2c. Die Zölle auf Rohstoffe, wie Kohlen, Eisen, Rohseide, Baumwolle 2c. sind entweder unverändert gelassen oder reduziert oder nur wenig erhöht, was in Uebereinstimmung steht mit den Bestimmungen der Bundesverfassung. Diese bestimmt auch, daß die Zölle auf Lebensmittel niedrig zu taxieren seien, womit aber die aufgestellten neuen Zölle nicht mehr vereinbar sind. Und wenn der Bundesrat in der dem Entwurf beigegebenen Begründung erklärt, daß keine Zollerhöhungen zum Zwecke einer Einnahmevermehrung vorgenommen wurden, so sei doch auf die Erhöhung des Kaffeezolles von 5 auf 10 Fr., des Zolles auf Sago von 7 auf 20 Fr. hingewiesen, wobei es sich um keinerlei Schutz, sondern ausschließlich um Finanzzölle handelt.

Auf den Auslandhandel wirken die schweizerischen Zollerhöhungen viel weniger empfindlich, als die deutschen. Für die schweizerische Industrie und Landwirtschaft wirken die neuen hohen Zölle im deutschen Tarif teilweise geradezu ruinös, wie z. B. die Käse-, Vieh- und Obstzölle, die Uhrenzölle 2c., die daher erheblich reduziert werden sollten. Für Deutschland hat der schweizerische Markt große Bedeutung; es führt vielmehr nach der Schweiz aus, als es von ihr bezieht. So lieferte im Jahre 1900 Deutschland in die Schweiz für 430,1 Millionen Franken Waren aller Art, während es der Schweiz nur für 201,8 Millionen Franken Waren abkaufte. Aber man braucht sich gegenseitig und daher ist zu hoffen, daß durch beiderseitiges Entgegenkommen zwischen Deutschland und der Schweiz ein neuer Handelsvertrag zu stande kommen werde.

Deutsches Reich.

Berlin, 21. Februar. Die Keckheit des Bündlerführers v. Wangenheim, der als Referent über die zum Zolltarif vorliegenden Petitionen die sozialdemokratische Massenpetition einfach zu „vergessen" beliebte, wurde in der Zollkommissionssitzung am Donnerstag noch einmal gründlich angenagelt. Vor Eintritt in die Tagesordnung nämlich beantragte der Abg. Stadthagen zur Geschäftsordnung, noch einen dritten Berichterstatter für die Petitionen zu ernennen, da die Berichterstattung des Abg. Frhr. von Wangenheim **durchaus mangelhaft gewesen sei.** Es entspannen sich längere Auseinandersetzungen zwischen dem Vorsitzenden Abg. Rettich und dem Abg. Stadthagen. Herr Rettich behauptete, über die bis zum 7. Januar eingegangenen Petitionen sei Bericht erstattet und die später eingegangenen seien noch nicht geordnet. Stadthagen machte auf das Uebersehen der 3½ Millionen Unterschriften tragenden sozialdemokratischen Petition aufmerksam und stellte schließlich den Antrag, daß über die gestern vom Frhr. v. Wangenheim übersehenen Petitionen baldigst Bericht erstattet werde. Nach Unterstützung dieses Antrages durch den Abg. Gamp (Reichsp.) beschloß die Kommission demgemäß.

Herr v. Wangenheim hat damit eine moralische Ohrfeige erhalten, die ihm noch lange brennen wird.

— Der Reichstag bewilligte am Donnerstag Herrn v. Goßler den Gehalt. Es ging noch eine lange Debatte voraus, die einige prächtige sozialdemokratische Reden brachte. Genosse Stadthagen teilte einen ungeheuerlichen Fall der Anwendung des bekannten Erlasses von 1894 mit, der die Bethätigung sozialdemokratischer Gesinnung verbietet. Ein Soldat hat die Chinadenkmünze zurückgewiesen und auf die Frage nach dem Grunde wahrheitsgemäß erwidert, er sei Sozialdemokrat und lege auf diese Dekoration keinen Wert. Dafür ist er dann unter Anklage gestellt worden. Stadthagen und später noch Bebel wiesen die Angriffe des Kriegsministers auf die angebliche Vaterlandsfeindschaft der Sozialdemokraten mit aller Energie zurück. Bebel polemisierte außerdem mit außerordentlicher Gewandtheit gegen den Grafen Roon. Er wies dem früheren Generalleutnant seine Unwissenheit in der Militärlitteratur überzeugend nach. Genosse Kunert kam auf den Fall Krenat zurück und hielt seine Behauptungen dem Kriegsminister gegenüber aufrecht und Genosse Fischer-Sachsen besprach die Militärmißhandlungen in Zittau. Der Kriegsminister nahm heute überhaupt nicht das Wort, obwohl Stadthagen sich an ihn mit der direkten Frage wegen der Auslegung des bekannten Erlasses gewandt hatte. — Von den bürgerlichen Parteien wurden nur Kleinigkeiten zur Sprache gebracht, die schon an den vorhergehenden Tagen erörtert worden waren. Mehrfach wurde auf die Ueberflüssigkeit der Kontrollversammlungen hingewiesen. Nach einer Polendebatte wurde dem Kriegsminister schließlich der Gehalt bewilligt und die Resolution Lenzmann gegen die Stimmen der Rechten angenommen. — Freitag geht die Beratung des Militäretats weiter.

— Das preußische Abgeordnetenhaus verwies am Donnerstag zunächst die Regierungsvorlage, die zum Erwerb von Steinkohlenfeldern im Oberbergamtsbezirk Dortmund den Betrag von 58 Mill. M. verlangt, an die Budgetkommission. Handelsminister Möller empfahl den Entwurf. Die Erwerbung verfolge einen doppelten Zweck: dem Staate für eine Reihe von Jahren den eigenen Bedarf, besonders den der Eisenbahnen, zu sichern und für die Allgemeinheit eine staatliche Einwirkung auf die Kohlenpreisbildung zu ermöglichen. Herr Möller trat besonders der Befürchtung entgegen, als ob diese Erwerbung den Anfang zu einer allgemeinen Verstaatlichung des Kohlenbergbaues bilden solle. Der Entwurf fand im großen ganzen die Zustimmung aller Redner, die das Wort nahmen. — Darauf wurde die zweite Lesung des Justizetats fortgesetzt.

— Die Budgetkommission des Reichstags beschäftigte sich mit der Entschädigung der Kriegsinvaliden. In einer Resolution wurde einstimmig die Erhöhung der für diesen Zweck bereitzustellenden Mittel um 1 Million verlangt.

— Wegen der Meldung von der dementierten Duellrede des Kaisers, die die Potsdamer Zeitung am 19. Dezember veröffentlichte, ist die Anklage gegen die Beteiligten erhoben und der Termin auf den 12. März anberaumt worden. Die Anklage lautet auf Beleidigung der beiden Leutnants Kessel und v. Goßler nach § 186 des Reichs-Straf-Gesetzbuches.

Eine Interpellation haben **die Sozialdemokraten** im Reichstage eingebracht. Sie bezieht sich auf die im Widerspruch zum Wortlaut des § 35 der Gewerbeordnung und der Regierungserklärungen bei seiner Beratung stehenden Polizeimaßnahmen der Beuthener Behörde gegen das vom Genossen Dr. Winter geleitete Arbeitersekretariat zu Beuthen.

Nationalsoziale Politik. Für neue Steuern, wie sie bekanntlich auf Bier und Tabak geplant werden, beginnt das nationalsoziale Wochenblatt schon jetzt zu agitieren, indem es meint, die Sparparole dürfe im Wahlkampfe nicht verwertet werden; denn „hoffentlich sitze der Flottengedanke schon fester im deutschen Volke, als sich die Freisinnigen träumen ließen".

Die Schwarzen, die Regierung und die Wissenschaft. Die Tägliche Rundschau schreibt: „Auch bei der Besetzung der durch den Tod Scheffer-Boichorsts erledigten Lehrkanzel der Geschichte an der Berliner Universität sind die Ultramontanen, wie schon aus verschiedenen Auslassungen der Germania hervorging, eifrig am Werke, für ihre Zwecke etwas herauszuschlagen, und die Regierung soll auch in diesem Falle mit dem Zentrum paktieren wollen. Sie hat die Professur dem Göttinger Professor Kehr angeboten, einem Historiker, der bisher mehr den mechanischen Teil der Geschichtswissenschaft gepflegt hat und sich in neuerer Zeit besonders durch einen Verteidigungsartikel des Herrn Ministerialdirektors Althoff im Hamburger Lotsen bekannt gemacht hat. Herr Kehr ist Protestant, aber beim Zentrum aus diversen Gründen, die wir kennen, persona gratissima (oder gern gesehen). Thatsächlich hat auch die Regierung vor der Berufung beim Zentrum angefragt, wie sie auch in einem früheren Falle bei der Besetzung einer Professur in Münster sich erst das Placet des Kuratus Schwarz, des Geheimredakteurs der Germania, geholt hat."

Die Regierung in Danzig hat folgende Verfügung erlassen: „Aus Anlaß eines besonderen Falles ordnen wir an, daß aus den unter Verwaltung von Lehrern stehenden Volksbibliotheken an Katholiken nicht Bücher ausgeliehen werden dürfen, welche in Bezug auf das Bekenntnis bei katholischen Lesern Anstoß erregen oder sie gar verletzen können. gez. Moehrs."

Ein Begrüßungsartikel der Nordd. Allgem. Zeitung zum 25jährigen Regierungsjubiläum des Papstes, das am Donnerstag begangen wurde, macht den Nationalliberalen und evangelischen Bündlern Kopfschmerzen. Der Artikel war für Leo XIII. sehr schmeichelhaft, lobte sein Bestreben, mit dem deutschen Reiche gute Beziehungen zu pflegen und meldete, daß der Kaiser eine Spezialmission zur Beglückwünschung des Papstes nach Rom sende. — Der Hannov. Kour. sagt dazu, daß die bedingungslose Haltung, die das deutsche offiziöse Blatt für angebracht hält, in großen Kreisen des deutschen Volkes Befremden erregen und Befürchtungen über zukünftige Eventualitäten bestärken müsse, über die mancherlei seltsame Gerüchte umgehen." — Vielleicht beurteilen die Nationalliberalen die Sache ruhiger, wenn sie die fast zu gleicher Zeit auftauchende Meldung beachten, daß sich die preußische Regierung wieder einmal über die polenfreundliche Haltung des Klerus in Rom beschwert habe.

Der Flottenverein hat am Donnerstag seine Generalversammlung zu Berlin abgehalten. Aus dem Jahresbericht wird hervorgehoben, daß die Mitgliederzahl von 600000 Köpfen Ende 1900 auf 626201 am 31. Dezember 1901 gestiegen ist. Im übrigen wurde erklärt, daß der Verein im letzten Jahre sehr heftige Kinderkrankheiten durchgemacht habe.

Aus der besten der Welten. Aus Horb in Württemberg wird folgender Vorfall berichtet, der in jedem Leser die Bewunderung für

---

Wenn nun aber doch etwas daran war . . .? Er hatte sich freilich nie um seines Bruders Beschäftigung gekümmert, aber schließlich — er trieb doch nun schon fast zwanzig Jahre lang Chemie und solche Sachen, hatte eine Menge Bücher gelesen und mit seinem Giftzeug herum experimentiert, daß manchmal das ganze Haus danach roch. Am Ende verstand er doch was davon. Die verzwickte chemische Formel, welche er ihm da so aus dem Handgelenk auf die Tafel gesetzt hatte, nahm sich doch höllisch gelehrt aus, während er selbst mit seiner Kadettenbildung von all diesen Dingen kaum eine blasse Ahnung hatte. Und wie Aribert also sann und sann, da kam ihm plötzlich die erleuchtende Idee, die er vorhin auf dem Kanapee vergeblich gesucht hatte.

Doktor Heinrich Schönbeck war ja Chemiker und außerdem Kapitalist: Wie, wenn er dem die geniale Idee seines Bruders unterbreitete, ihn aufforderte, sich mit seinem Wissen und besonders mit seinem Geld an der Fruktifizierung seines großartigen Sand-Ueberflusses zu beteiligen! Da hatte er ja die beste Anknüpfung von der Welt. Den Uebergang vom Sand zur Witwe oder auch zu der anderen jungen Dame wollte er nachher schon finden. Das war für seine Gewandtheit nur eine Kleinigkeit. Er warf seinen Zigarrenrest fort und pfiff vergnügt die „kleine Fischerin" vor sich hin.

Dann öffnete er die Thür und schrie mit seiner durchdringenden Kommandostimme in den Korridor hinaus: „Lina, die Lampe!"

Schwester Karola kam just die Treppe hinunter. „Na, hast Du ausgedacht," rief sie dem Bruder spottend zu, „darf man Dich jetzt stören?"

„Jawoll, man darf," versetzte er munter und hielt ihr mit einer einladenden Handbewegung die Thür offen.

Das große Mädchen zupfte ihn im Vorbeigehen am Ohre und fragte: „Was hast Du denn nur bloß mit Karlchen angestellt? Der hat ja mit den Thüren geworfen, daß man meinte, es schlägt ein. So bös hab' ich ihn ja noch nie gesehen. Ich glaube, Du hast eine Dummheit gemacht, Aribert. Weißt Du, der hat sich jetzt mit Tantchen verschworen. Tantchen packt ein. Sie packt wahrhaftigen Gott ein! Ich habe sie was fragen wollen und bei ihr angeklopft; da hat sie mich gar nicht hereingelassen und hat gesagt, sie käme gar nicht mehr herunter. Sie wollte die Gottlosigkeit nicht mehr mit ansehen. Wir sollten heiraten, wen wir wollten und das edle Geschlecht auf den Hund bringen. Sie wollte nichts mehr mit uns zu thun haben. — Na, was sagst Du dazu? Morgen früh will sie abreisen, endgültig. Sie hat schon auf eigene Faust den Wagen bestellt. Lina hat sie immerzu singen und französisch reden gehört. Du weißt doch, dann hat sie den Koller. Was machen wir bloß?"

Aribert ging einige Male nachdenklich auf und ab. Dann kam ihm wieder eine seiner berühmten Ideen. Er suchte aus einem bestickten Fächerständer neben dem Schreibtisch eine Zeitung heraus und strich einen Artikel darin mit Rotstift an, worauf er stillschweigend der Schwester das Blatt reichte.

„Was soll ich denn damit?" fragte Karola. Es war bereits so dunkel, daß sie nicht mehr zu lesen vermochte.

Und Aribert versetzte: „Das ist der Bericht über das große Eisenbahn-Unglück in Steglitz; das hat sie gewiß schon wieder vergessen. Wenn Du ihr das richtig aufgeschlagen unten durch die Thüre schiebst, dann liest sie's sicher. Und wenn sie's liest, dann packt sie wieder aus. Da kannst Du Gift drauf nehmen. Ich kenne doch Tante Lollchen."

Karola lachte. „Die Idee ist wirklich gut. Das machen wir. Na, und die andere Sache? Hat Dir der Himmel dafür auch eine Idee beschert?"

„Natürlich, allemal," schmunzelte Aribert selbstzufrieden. „Die Sache ist so gut wie abgemacht. Morgen früh mit dem ersten Zug fahr' ich. Und abends habt Ihr womöglich schon eine Depesche, ob es die Witwe oder die Jungfrau geworden ist."

„Darf man wissen?"
„Nee. Amtsgeheimnis."
„Kleiner Schwerenöter!"
„Sind wir auch."
„Na, dann gratuliere ich im voraus."
„Danke. Soll ich Dir was mitbringen? Pralinees?"
„Meinetwegen auch Pralinees. Sagen wir Pralinees, wenn es die Jungfrau, und überzuckerte Mandeln, wenn es die Witwe ist."
„Gen, machen wir."

Da kam Lina mit der Lampe und der Herr Baron befahlen, seinen Handkoffer vom Boden herunter zu schaffen.

(Fortsetzung folgt.)

die „gottgewollte Ordnung", unter der wir leben, bedeutend stärken wird. Kürzlich wurde in Feldorf ein Handwerksbursche festgenommen, der in einem Hause daselbst aus Versehen ein Zehnmarkstück statt eines Pfennigs erhalten hatte. Das Versehen merkte der Geber erst, als der arme Reisende bereits den Ort verlassen hatte. Dieser aber wurde der splendiden Bescherung auch erst auf dem Wege gewahr, kehrte zurück, fragte in allen Häusern, in denen er um Unterstützung angehalten hatte, nach dem aber den Verlust nicht gerade erbauten Wohlthäter, fand ihn endlich und gab ihm das schmerzlich vermißte Goldstück zurück. Durch seine Ehrlichkeit verfiel er der Verhaftung wegen — Bettelns. Das ist die von den Stützen unserer Gesellschaft gepriesene „Gerechtigkeit" unserer schönen Weltordnung.

Oesterreich-Ungarn.

Eine angenehme Ueberraschung haben die beiden Staaten durch eine bisher nicht dementierte Meldung der Voss. Ztg. bereitet bekommen, wonach die Zivilliste beträchtlich erhöht werden soll. Der Hof kommt bei den schlechten Zeiten nicht aus. Die Meldung hat in Ungarn das größte Aufsehen erregt. Seit dem Bekanntwerden der Meldung veröffentlichen die Zeitungen aller Parteischattierungen Artikel über dieses Thema. Allgemein ist die Stimmung in oppositionellen Kreisen gegen die Erhöhung, und einige oppositionelle Blätter kündigen an, die Sache werde demnächst auch im Parlament zur Sprache gebracht werden.

Spanien.

Die Unruhen in Katalonien, die jetzt auch schon auf andere Provinzen übergreifen, waren am Donnerstag abermals der Gegenstand parlamentarischer Erörterung in der Kammer wie im Senat. In der Kammer griff der katalonische Abg. Robert die Regierung wegen ihres Vorgehens in Barcelona an. Der Minister des Innern versicherte demgegenüber, daß die Regierung sehr wohl wisse, was sie thue, daß sie alle Verantwortung übernehme. Der konservative Romero Robledo spricht gegen die Regierung und erklärt sie für unfähig, im Falle des Ausbruchs der sozialen Revolution die Bewegung niederzuwerfen. Er tadelt heftig die Zensur, die den wahren Sachverhalt unterdrücke. Zwar sei in allen Hauptstädten Europas die Arbeiterfrage eine brennende, aber dies entschuldige nicht das Vorgehen der Regierung. Der Ministerpräsident erwidert, die Regierung werde nicht verhindern, daß der wahre Sachverhalt bekannt werde. Die Regierung brauche Zeit, um die soziale Aufgabe zu lösen, und fordere alle gutgesinnten Bürger auf, sie hierbei zu unterstützen.

Im Senat erklärte der Kriegsminister Weyler, die Lage in Barcelona habe sich weder gebessert noch verschlimmert. Der Straßenbahnverkehr sei eingestellt. Die Bäckereien und Materialwarenhandlungen seien wieder geöffnet. In Castellon hätten die Gendarmen die Ausständigen zerstreut. Die Regierung werde, falls es nötig sei, die erste Reserve einberufen.

Vom selbigen Tage wird aus Madrid gemeldet: Eine Ministerkrise scheint unvermeidlich. Die Regentin wird bestürmt, dem General Weyler die Diktatur vorläufig für mehrere Provinzen anzuvertrauen. Der Eindruck aus den Berichten über die Vorgänge in Barcelona ist heute ein noch ungünstigerer. Es finden erbitterte Straßenkämpfe statt. Der Ausstand ist in direkten Aufstand ausgeartet. Alle Depeschen werden von der Zensur aufgehalten, sobald sie wahrheitsgemäß über die Vorgänge berichten.

Die Nachrichten aus Barcelona kommen alle über Madrid, direkte Meldungen werden anscheinend nicht durchgelassen. Die vorliegenden Madrider Meldungen sind folgende:

Madrid, 20. Februar. Vergebens wartet man auf spezielle Berichte aus Barcelona. Die Zensur verstümmelt fortgesetzt die Berichte auf das Unsinnigste. Die Lage in Barcelona wird immer furchtbarer, man schätzt die Zahl der Ausständigen auf über 100 000, die alle bewaffnet sind. Die Stärke der Bewegung hat bewirkt, daß jetzt auch fast ganz Catalonien unter ihrem Einfluß steht. Die augenblicklich verfügbaren Truppen sind ungenügend, es sollen neue nach Barcelona gesandt werden. Die genaue Zahl der Toten ist bisher noch nicht ermittelt. Bis jetzt sind an 200 Verhaftungen erfolgt. Die Aufrührer plünderten die Markthallen des Schlachthauses und verteilten das Fleisch an das Volk. Die Zufuhr der Märkte ist unterbrochen, der Preis für alle Lebensmittel sehr hoch. In Barcelona steht eine Hungersnot bevor. Die Briefaustragungen sind fast ganz verhindert, da die Postwagen nur unter starker Bedeckung fahren können. Gestern nachmittag wurden in Barcelona Geschütze an zahlreichen Punkten der Stadt aufgestellt.

Madrid, 20. Februar. Privatdepeschen aus Barcelona besagen, daß die Aufrührer den Truppen nirgends ernsten Widerstand entgegensetzen, aber dieselben beständig beunruhigen, indem sie Schüsse auf sie abgeben und dann auseinandergehen, um sich bald darauf aufs neue zu sammeln und so die Erregung nicht zur Ruhe kommen lassen.

Madrid, 20. Februar, 7½ Uhr abends. Aus Barcelona wird telegraphiert, daß es dort zu einem Zusammenstoße zwischen Ausständigen und Eisenbahnarbeitern kam, wobei ein Ausständiger getötet wurde. In der Vorstadt Garcia wurde eine Bäckerei geplündert. Mit Sabadell und Tarrasa ist die telephonische Verbindung unterbrochen. In Manresa wurde der Belagerungszustand proklamiert.

In Valencia durchzogen Arbeitergruppen die Straßen und verlangten den allgemeinen Ausstand. Die Polizei zerstreute sie.

Barcelona, 20. Februar. Die Ausständigen bewarfen die nach Frankreich gehenden Eisenbahnzüge mit Steinen. Es werden heimlich aufreizende Flugblätter verbreitet, in welchen den bürgerlichen Klassen mit fürchterlicher Vergeltung gedroht wird; Dynamitbomben würden auf die Schüsse der Mausergewehre antworten. Die kleinen Werkstätten in den Privatwohnungen, wo die Arbeit fortgesetzt wurde, wurden geplündert. Die bekannten Anarchisten sind verschwunden, sie werden von den Behörden lebhaft gesucht. Die Schritte, welche die Leiter der Zeitungen bei den Streikern thaten, sind gescheitert. Die Eisenbahnen kündigten wegen der Haltung der Ausständigen die Einstellung des Dienstes an. Arbeitervereinigungen aus verschiedenen Orten Spaniens erklärten ihren Anschluß an die Ausständigen von Barcelona. Die ausländischen Konsuls haben eine gemeinsame Sitzung abgehalten.

Madrid, 20. Februar. Privatdepeschen aus Saragossa melden den Ausbruch eines allgemeinen Ausstandes.

England.

Ueber die Konsequenzen des englisch-japanischen Bundes unterhielt man sich am Donnerstag im Unterhaus. Dabei stellte James O'Kelly die für Deutschland sehr interessante Frage, ob England und Japan auf die Räumung der Provinz Schantung abzielende Vorstellungen bei Deutschland erhoben hätten. Unterstaatssekretär des Auswärtigen, Cranborne, erwidert, derartige Vorstellungen seien nicht erhoben worden. Norman fragt an, ob die Regierung mit Rücksicht auf die Bestimmungen des englisch-japanischen Abkommens nicht Schritte erwäge, daß das Zollamt in Niutschwang, das seit August 1900 von russischen Behörden verwaltet wird, der chinesischen Regierung zurückgegeben werde. Cranborne verneint auch das. Rußland habe erklärt, sobald die Verhältnisse es erlaubten, werde es die Verwaltung den Chinesen zurückgeben. Cranborne versicherte, daß die englische Regierung das glaube.

Der Sündenbock. Der Londoner Daily Telegraph meldet aus Washington: Der englische Botschafter Lord Pauncefote werde von seinem Amte zurücktreten. Der Anlaß dazu sei der Verlauf, den die Erörterung über die Haltung der Mächte gegen die Vereinigten Staaten von Nordamerika im Jahre 1898 genommen hat. — Bekanntlich hat England, das erst Deutschland des Bestrebens verdächtigte, den Amerikanern zu Gunsten der Spanier in den Arm zu fallen, sich nachweisen lassen müssen, daß es selbst hinter dem Busche gesessen hat. Es zog sich aus der Klemme, indem es den Botschafter preisgab — und deshalb nun der Rücktritt.

Eine parlamentarische Untersuchung über Schwindeleien bei Pferdeankäufen für Südafrika und Fleischlieferungen für die Armee steht in Aussicht. Es scheint sich da ein niedliches kleines Panama vorzubereiten. Bei dem heftigen Drängen des Parlamentes und angesichts der allgemeinen Entrüstung, wird die Regierung nicht länger der Forderung einer solchen parlamentarischen Untersuchung widerstehen können. Der jetzige Armeelieferant Bergl erklärt, die South African Cold Storage Company kaufte von ihm Fleisch, für das sie 10 bis 11 Pence resp. 7 Pence von der Regierung erhielt, für 3 bis 3½ Pence. Wenn hierzu auch 2 bis 2½ Pence für die Fracht gerechnet würden, so verbliebe der genannten Gesellschaft doch ein Gewinn von ca. 20 Millionen Mark für die letzten zwei Jahre.

Südafrika.

Eine neue Schlappe der Engländer. General Gilbert Hamilton meldet, daß er Dienstag, während er sich auf dem Marsche nach Vogel befand, bei Klippan ein Gefecht mit dem Feinde gehabt habe, in dessen Verlaufe ein Teil der zweiten Dragoner, der nach dem linken Flügel detachiert worden war, umzingelt und abgeschnitten wurde. Zwei Offiziere wurden schwer verwundet, zwei Mann wurden getötet, sechs verwundet und 16 gefangen genommen, später aber wieder freigelassen. Hamiltons Abteilung war zu schwach und konnte deshalb den Feind nicht aus seiner starken Stellung vertreiben. Sie setzte den Marsch auf Vogel fort. Oberst Mackenzie, der im Norden des Vaaghter-Sees operiert, nahm 10 Buren gefangen.

Botha ist nicht in den Händen der Engländer — oder sie wollen ihn gehabt haben. Wird auch wohl ein Lagerfeuermärchen sein.

Wieder ein vergebliches Kesseltreiben. Aus Pretoria wird gemeldet: General Elliots südwärts dirigiertes Kesseltreiben an die Bredelinie, welches geplant war, um die bei dem vergeblichen Kesseltreiben auf De Wet nach Osten durchgebrochenen Buren zu fangen, verfehlte den Zweck, irgend welcher größeren Burenabteilungen habhaft zu werden. Nur wenige Gefangene wurden gemacht.

Ein von Kitchener verschwiegenes Gefecht. Aus den amtlichen englischen Verlustlisten geht hervor, daß die Engländer in einem Gefecht am 16. Februar bei Basbeen in der Nähe von Boshof 5 Tote, 9 Verwundete und 7 Vermißte zu verzeichnen hatten. Wird wohl kein Sieg gewesen sein.

Aufruhr im Gefangenenlager. Die Londoner Daily Mail meldet aus Lissabon, daß nach einer dort eingetroffenen Meldung unter den Buren im Lager von Caldas Rainha ein ernster Aufruhr ausgebrochen sei. Ein Burenoffizier nebst mehreren anderen Buren wurde verwundet.

Es handelt sich wohl um ein Lager auf portugiesischem Gebiet, in dem übergetretene Buren untergebracht sind.

Die Konzentrationslager. 3000 Buren, die sich in dem „Internierungslager" bei Pietersburg befinden, werden jetzt nach Colenso gebracht. Während der letzten drei Wochen sind wöchentlich etwa 1000 Personen von den verschiedenen Zufluchtslagern im Transvaal nach Küstenstädten von Natal übergeführt worden. In den Lagern in Transvaal befinden sich zur Zeit **über 60 000 Personen** — Männer, Frauen und Kinder — und in denen des Oranjestaates über 45 000. Während der letzten Monate haben die Lager nur wenig neue Bewohner erhalten, da die Truppen weitere Familien nicht einbrachten.

Kleine Nachrichten aus dem Auslande. Der Frankf. Zeitung wird aus Belgrad berichtet, die Königin Draga befinde sich in gesegneten Umständen. Ob's diesmal kein Kunststück ist? — Die Gemeindevertretung von Groß-Lippen hat den Reichsratsabgeordneten Wolf aus der Liste ihrer Ehrenbürger zu streichen beschlossen. Die Leute haben nicht das richtige alldeutsche Empfinden. — Aus Yokohama wird gemeldet: Mehrere japanische Offiziere, die beschuldigt sind, in China geplündert zu haben, wurden vor ein Kriegsgericht gestellt. Man sieht doch, daß die Zivilisation in Japan noch recht oberflächlich ist. Wo hört man von dergleichen in Europa?

Parteiangelegenheiten.

Die Magdeburger Parteigenossen hatten für gestern abend fünf Protestversammlungen veranstaltet, gegen die beabsichtigte Verschlechterung des sowieso schon elendesten aller Wahlsysteme, des Dreiklassenwahlrechts für die Gemeinde. Das Wahlrecht soll so eingerichtet werden, daß der zwölfte Teil der Wahlberechtigten im stande sein wird, die Zweidrittel-Majorität in der Stadtverwaltung in die Hände zu bekommen. Es würde ein unüberwindbarer Ring von Aktionären, Großindustriellen, Zuckerbaronen, Bankiers und Rentiers in die Lage kommen, sich nach berühmten Mustern die Stadtinteressen dienstbar zu machen. — Die Reaktion tritt wahrhaftig allerorten immer unverschämter auf, je mehr sie die Macht des organisierten Proletariats wachsen sieht.

Zum leitenden Redakteur der Erfurter Tribüne ist an Stelle des Genossen Grunwald der den hiesigen Parteigenossen, die die Konfliktsperiode Ende der achtziger Jahre mit durchgemacht haben, zweifellos nicht unbekannte Genosse Bruno Sommer gewählt worden.

Die Buchdruckerei und Verlagsanstalt der Leipziger Volkszeitung G. Heinich, bisher offene Handelsgesellschaft, ist mit dem 17. Februar käuflich an die Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft (J. Motteler) übergegangen. Geschäft und Betrieb werden selbstverständlich ganz unverändert wie bisher weitergeführt.

Zur Reichstagswahl in Breslau-West, die bekanntlich auf den 20. März angesetzt ist, sind die Vorbereitungen im vollen Gange. Die Zahl der Wahlberechtigten hat sich von 41 107 im Jahre 1898 auf 44 942 im Jahre 1902, also um rund 3800 vermehrt.

Soziales.

Gegen das System der Vertrauensärzte richtet sich indirekt ein Erlaß des Reichsversicherungsamtes, der in den amtlichen Nachrichten des Amtes enthalten ist. Offenbar hat die Behandlung dieser Materie im Reichstage und vor allem auch der Prozeß Springer contra Blaims wesentlich mit dazu beigetragen, daß dieser reichsversicherungsamtliche Erlaß das Licht der Welt erblickt hat; denn gerade in neuerer Zeit, seit Traktätchen-Gaebel an der Spitze steht, ist nicht viel Erfreuliches vom Reichsversicherungsamt zu melden gewesen. Das Rundschreiben richtet sich nun gegen das Treiben gewisser ärztlicher Sachverständiger, denen bei der Entscheidung der Feststellungsorgane in Unfall- und Invaliditäts-Angelegenheiten mitunter ein viel zu weitgehender Einfluß eingeräumt werde. Schon die Begründungen der Entscheidungen im Wortlaute seien so gefaßt, daß sie den Vorwurf der mechanischen Handhabung des Entschädigungsverfahrens rechtfertigen würden. Die ärztlichen Gutachten sollen keineswegs bindende Unterlagen für die Urteilsfindung bieten. Es sei unzulässig, wenn den Entscheidungen der Instanzen einfach der von den Aerzten angegebene Prozentsatz der Erwerbsunfähigkeit zu Grunde gelegt würde, ohne daß die Frage der Erwerbsunfähigkeit selbst von ihnen geprüft würde.

Der Erlaß ist hocherfreulich und dringend nötig; wie der von uns schon oben erwähnte Prozeß Springer-Blaims ergab, kommt es sogar vor, daß sog. Vertrauensärzte ihr Gutachten ohne vorgängige Untersuchung abgeben.

Sehr viele Arbeiter werden zweifellos unter diesem Rentenfestsetzungsverfahren schon zu leiden gehabt haben, um so mehr werden sie das Vorgehen des Reichsversicherungsamtes begrüßen. Die Unternehmer allerdings, die dem neuen Präsidenten bisher so gewogen waren, werden mucken.

Eine empfindliche Strafe erhielt vor kurzem in München ein Baumeister, der einen aus dem Kreis der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter hervorgegangenen städtischen Baukontrolleur bei der Ausübung seines Amtes beleidigt hatte. Auch in der Berufungsinstanz wurde das Urteil bestätigt mit der ausdrücklichen Begründung, daß bei der zunehmenden Renitenz der Bauunternehmer gegen das Institut der städtischen Baukontrolleure diese nachdrücklichst geschützt werden müßten. — Wir glauben schon, daß den Herren Baumeistern die Kontrolle von organisierten Arbeitern nicht paßt; denn die finden alle Verstöße.

Stuttgart, 20. Februar. Nach einer gestern vorgenommenen Arbeitslosenzählung sind zur Zeit 1374 männliche und 30 weibliche Personen völlig arbeitslos, während 775 Personen nur in beschränktem Maße beschäftigt sind.

Handel und Wandel.

Vom Kohlensyndikat. Die Lage am Kohlenmarkt bleibt andauernd schlecht, indem die Absatzschwierigkeiten sich von Tag zu Tag mehren. Infolgedessen wird vom Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikat eine Erhöhung der Förderungseinschränkung pro März ins Auge gefaßt und zwar auf 25 Proz. Es verlautet sogar, daß eine Ermäßigung der Preise für Industriekohlen in Aussicht genommen sei.

Die Leipziger Bank. Auf der Tagesordnung der Gläubigerversammlung der Leipziger Bank am 28. Februar steht 1. die Beschlußfassung über den freihändigen Verkauf des zur Masse gehörigen neuen Gebäudes der Leipziger Bank, 2. die Beschlußfassung über vergleichsweise Beilegung der gegen die früheren Mitglieder des Aufsichtsrates der Bank erhobenen Schadenprozesse.

Neues aus aller Welt.

Die Hinrichtung des Raubmörders Kneißl erfolgte Freitag früh zu Augsburg. Kneißl benahm sich gefaßt.

Mord. Nach einer Meldung aus Gera wurde der Einwohner Hermann Pfeiffer in Kauritz bei Ronneburg durch drei Revolverschüsse ermordet aufgefunden.

Noch einmal der Elberfelder Militärbefreiungsprozeß. Wie die Kölnische Volksztg. meldet, beantragte Rechtsanwalt Kray, der Verteidiger der im Elberfelder Militärbefreiungsprozeß Verurteilten Baumann, Hermann Harschmied und Albert Hutschmied aus Remscheid, die Wiederaufnahme des Verfahrens auf Grund des § 399 Abs. 5 der Strafprozeß-Ordnung.

Durch Schnitte mit einem Taschenmesser verletzte der vierjährige Sohn eines Omnibuskutschers zu Berlin am Dienstag, während die Mutter die Wohnung auf kurze Zeit verlassen hatte, sein in der Wiege liegendes 2½ Monate altes Schwesterchen so schwer, daß das Kind bald darauf im Krankenhause starb.

Der verhaftete Direktor Adolf Schmidt von der Aktiengesellschaft für Trebertrocknung ist am Donnerstag in Kassel eingetroffen und in das Landgerichtsgefängnis eingeliefert worden.

Verhängnisvolle Verletzung. Der Oberstabsarzt des Infanterie-Regiments zu Bamberg, Dr. Maner, zog sich mit seinem eigenen Säbel eine unscheinbare Verletzung am Bein zu, die er nicht beachtete. Es entstand Blutvergiftung, der er erlegen ist.

Eine furchtbare Blutthat verübte nach dem Berl. Tageblatt Donnerstag früh der achtjährige Sohn des Brennereiverwalters Schwiderski auf dem dem Gutsbesitzer [illegible] gehörigen Gute Scheelshof bei Arys in Ostpreußen. Während sich der Vater im Walde und die Mutter auf dem Markte in Arys befanden, ermordete er durch Axthiebe seine drei jüngeren Geschwister; der Thäter ist ein schwächlicher Junge mit sehr stupidem Gesichtsausdruck. Ueber die That selbst gab er, während er ab und zu in Thränen ausbrach, folgendes an: Seine Geschwister, Kinder im Alter von drei, vier und sechs Jahren, hätten ihm nicht gehorchen wollen, daher habe er die Axt genommen und zuerst sein zweijähriges Schwesterchen und dann den im Bette liegenden sechsjährigen Bruder erschlagen. Dem vierjährigen Bruder will er nichts zu Leide gethan haben, sondern er behauptet, derselbe sei von einem Wagen gefallen und habe nichts mehr gesagt, als er ihn aufheben wollte. Die kleinen Leichen sind furchtbar zugerichtet. Der jugendliche Mörder wurde in das Polizeigefängnis nach Arys abgeführt. (!!)

München, 20. Februar. An dem Neubau der Bogenhauser Brücke am rechten Isarufer waren Arbeiter damit beschäftigt, die Grundpfeiler auszuheben. Hierbei löste sich das Erdreich von der 2 Meter davon entfernten Notbrücke und begrub drei Arbeiter. Diese sind zur Zeit noch nicht befreit worden. Schutzmannschaft und Feuerwehr sind mit den Rettungsarbeiten beschäftigt.

Köln, 20. Februar. Die Köln. Ztg. berichtet aus Mailand: Infolge der starken Regengüsse der letzten Tage sind zahlreiche Gebirgsflüsse und Flußläufe in Venezien und den Marken ausgetreten und haben überall sehr großen Sachschaden angerichtet. Die Eisenbahnverbindungen sind vielfach unterbrochen. Die Not der von den Ueberschwemmungen Betroffenen ist sehr groß.

Köln, 20. Februar. In dem nahen Kalk wurden gestern zwischen 7 und 8 Uhr zwei ältere Frauen von einem 20jährigen Burschen überfallen. Der Strolch mißhandelte sie in scheußlicher Weise, that ihnen Gewalt an, raubte ihre Barschaft und entfloh sodann. Die beiden Frauen wurden nachts in Behandlung eines Arztes gegeben, der ihnen drei klaffende Wunden am Kopfe zunähen mußte.

Linz, 20. Februar. Die große Gummifabrik von Reithoffer & Panah ist zum Teil niedergebrannt. Der Schaden ist enorm.

Grubenunglück. Im Schacht der Baiee-Grube in Monceau-Fontaine (Belgien) sind Donnerstag abend fünf Bergleute durch schlagende Wetter schwer verletzt worden.

Unwetter in Italien. In Piemont und Savoyen sind ungeheure Schneefälle eingetreten. Der Verkehr ist unterbrochen. Manche Ortschaften sind ganz abgesperrt. Viele Viehherden sind umgekommen.

Petersburg, 20. Februar. In Schemacha haben die Erdbeben wieder begonnen. Die Zahl der Toten wird schon auf 3000 geschätzt. 20000 Menschen sind obdachlos, bisher wurden 32 lebendig ausgegraben. Beim Dorfe Akrachanka ist ein neuer vierter Vulkan thätig.

New-York, 20. Februar. Infolge des Schneesturmes befinden sich die Straßen in schrecklicher Verfassung; für morgen ist vom Wetterbureau wieder Schneesturm angekündigt.

Vermischtes.

Die Einleitung einer Disziplinar-Untersuchung hat ein Karnevalsscherz zur Folge gehabt, den sich ein Lehrer Mattern in Frankenthal (Pfalz) leistete. Mattern hatte am letzten Faschingsmontag von seiner vorgesetzten Behörde unter Angabe eines dringenden Behinderungsgrundes Urlaub erbeten. Anstatt aber den ihm gewährten freien Tag zu dem angegebenen Zweck zu benutzen, hat er, ausstaffiert mit falschem Vollbart und entsprechender Bekleidung, sowie mit Visitenkarten, die mit der Aufschrift „Schulrat Dr. Thiel, Barmen" versehen waren, die Volksschulen aufgesucht, um sich bei einer Reihe von Klassenlehrern als Schulrat vorzustellen und um die Erlaubnis zu bitten, für kurze Zeit dem Unterricht beiwohnen zu dürfen. Er hat sich dann von den Ergebnissen der auf seinen Wunsch veranstalteten Prüfungen sehr befriedigt gezeigt und den betreffenden Lehrern Lob gespendet, so daß ihm diese mit ehrerbietigen Worten ihren Dank erstatteten. Erst ein Lehrer, dessen Klasse ebenfalls ein Besuch zugedacht war, bereitete dem Scherz ein Ende, indem er Mattern, den er ungeachtet des falschen Bartes erkannte, entsprechend „anulkte". In ähnlicher Weise wie die Lehrerschaft hat Mattern auch den Gesangverein Liederkranz zum Besten gehabt. Dem Vorstand dieses Sängerbundes hat er in einem aus Barmen datierten Schreiben mitgeteilt, daß er, „Schulrat Dr. Thiel", ein guter Freund des in Barmen lebenden Komponisten Hirsch, eines Ehrenmitgliedes des Vereins, sei, und es ihm Freude bereiten würde, den Mitgliedern persönlich Grüße von dem Genannten überbringen zu können. Der Vorstand des Liederkranzes hat diesem Wunsche auch entsprochen und seine zahlreichen Mitglieder zu einem Herrenabend zusammenberufen, dem der erwartete „Schulrat" jedoch fernzubleiben für gut fand. Der Scherz wird für seinen Urheber wahrscheinlich einen recht wenig heiteren Ausgang nehmen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19020221/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Versammlungen.

Pirna. Am 9. Februar tagte im Gasthof zum weißen Roß eine öffentliche Schneiderversammlung. Von der Landeskonferenz gab Kollege Wolle einen kurzen Ueberblick über die wichtigsten Verhandlungen und die gefaßten Beschlüsse. Kollege Prätorius ergänzte die Ausführungen und betonte dabei den Beschluß, den Chevnik (Organ der tschechischen Schneider) in Zukunft unentgeltlich an die tschechischen Verbandskollegen abzugeben. Weiter bemerkte er, daß für ganz Sachsen einheitliche Tarife zur Aufstellung gelangen sollen. Dann erstattete der Vertrauensmann Bericht vom letzten Quartal. Danach ist die Mitgliederzahl von 17 auf 31 gestiegen. Kollege Prätorius bedauert, daß die Agitation unter den Heimarbeitern nicht vorwärts geht. Dann hielt Frau Kähler aus Dresden einen sehr lehrreichen und leichtverständlichen Vortrag über: Die Organisationsbestrebungen des 20. Jahrhunderts. Sie gab uns in großen Zügen ein Bild von der Entwickelung der gewerkschaftlichen Organisationen, die englischen besonders zum Vergleich heranziehend. Mit scharfen Worten geißelte sie die Verfolgungen und Knebelungsversuche, unter denen wir auch heute noch zu leiden haben. Unsere Berufskollegen seien schwer zur Organisation zu bewegen, besonders die Heimarbeiter, das sind die wahren Sklaven der Unternehmer. Ganze Nächte müssen sie oft arbeiten, nicht wissend, daß sie dadurch sich, ihren Familien und ihren ganzen Berufskollegen schaden. Der Verdienst reicht kaum zum notwendigsten Lebensunterhalt, für Bildung und Vergnügen bleibt nichts übrig. Sie leben in ihrem Indifferentismus dahin, bis die Schwindsucht oder eine andere Berufskrankheit ihrem kümmerlichen Dasein ein Ende macht. Doch darf die Agitation nicht erlahmen, daß auch diese Bedauernswerten zu der Einsicht kommen, daß nur durch eine starke Organisation Besserung zu schaffen ist. — Im Gewerkschaftlichen gibt der Vertrauensmann bekannt, daß zwei Verbandskollegen in den Gesellenausschuß der hiesigen Zwangsinnung gewählt wurden. Auch wurde vorgebracht, daß in Mügeln bei Herrn Bendel ein sogenannter Nachtschneider existiert. Derselbe ist Eisenbahnarbeiter und nachdem er sein schweres Tagewerk vollbracht hat, geht er auf die Schneiderbude des genannten Meisters und arbeitet bis in die späte Nacht hinein als Schneider. Mit einem dreifachen Hoch auf die deutsche Schneiderbewegung wurde dann die sehr interessante, leider schwach besuchte Versammlung geschlossen. (Eing. 19.2.)

Achtung! Partei- und Gewerkschaftsgenossen.

Die unterzeichneten Wirte empfehlen hierdurch angelegentlichst den Besuch ihrer Lokale. Sämtliche Partei- und Gewerkschaftsblätter, sowie alle auf das Partei- und Gewerkschaftsleben bezüglichen Plakate hängen aus.

Zu Bezug auf Küche und Keller werden wir nach wie vor bemüht sein, nur das Beste zu bieten.

W. Rothe, Zur Börse, Leipziger Straße 95
Moritz Lange, Zur Gleichheit, Hechtstraße 21
Max Mickel, Schönbrunnstraße 1
Bruno Keller, Windmühlenstraße 23
August Leipert, Gasthof Pieschen, Torgauer Str. 38
Raimund Julitz, Mickten, Bauhörse, Pestalozzistr. 1
Hermann Engel, Botanischestraße 41.
E. Hackemesser, Rest. Bürgergarten, Kötzschenbroda
Emil Leischke, Loschwitz, Grundstraße.

Ernst Adam, Zum Senefelder, Kaulbachstraße 16
Gustav Hausmann, Dreyßigstraße 8

Oswald Stölzer, Schäferstraße 44
Gustav Joseph, Joseph Schänke, Mittelstraße 6
Hugo Reuther, Zu den 3 Lilien, Fischhofplatz 12
Paul Rätzsch, Camelienstraße 8
August Walther, Zeltes Gasthaus, kl. Brüdergasse 17
Richard Brix, Trianon, Schützenplatz
August Hess, Gambrinus, Löbtauer Straße 52
Ernst Valten, Gasthaus, Freiberger Platz 11
Eugen Schurig, Stiftsstraße 14
Frau **Welde,** An der Ziegelscheune
Max Scheinpflug, Gerbergasse 5
Franz Peter, Rest. Vorwärts, Feldschlößchenstr. 18
Ludwig, Restaurant, Schnorrstraße 62

Beckers Restaurant zum Waldpark, Blasewitzerstraße
Curt Lorenz, Gewerkschaftshaus, Albrechtstr. 41.

Otto Braun, Schillingshof, Löbtau, Reisewitzerstr. 26
Herm. Kämpfe, Löbtau, Wernerstraße 36
Otto Birnstengel, Zur Sonne, Schandauer Str. 46
Frau **Helbig,** Deutsche Eiche, Striesen, Huttenstraße
Hugo Nake, Zur Schanze, Cotta, Schanzenstraße
Rich. Anders, Stadt Dresden, Cotta, Brauerstr. 19
Max Gottlöber, Zur Linde, Naußlitz
Louis Hofmann, Niedergorbitz, Bergstraße
Otto Geissler, Rest. Germania, Plauen, Wasserstr. 5
Georg Wendelt, Rest. „Silberblick", Cotta.

!Thatsächlich!

Total-Ausverkauf

meines

Herren- u. Knaben-Garderoben-Lagers.

Wegen vollständiger Auflösung des **Laden-Geschäfts**

Ausnahme-Preise.

Ueberraschend billig von heute bis Ende Februar.

Konfirmanden-Anzüge

zurückgesetzte vorjährige Anzüge . . . . schon von **5,—** M. an,
diesjährige Neuheiten . . . . „ „ **7,50** „ an.

Schul-Anzüge

in großen Partien . . . . schon von **2,50** M. an.

Verblüffend billige Preise

für sämtliche **Herren- u. Knaben-Anzüge, Sommer- u. Winter-Paletots, Hosen** und **Westen.**

Knaben-Leibchenhosen und Schulhosen

von **65** Pf. an.

A. Lewinsohn

Dresden-A., Nr. 19 Annenstrasse Nr. 19.

Neustadts Herren-Anzüge

bester Ersatz f. Massarbeit und bedeutend billiger!

L. Neustadt

Wettinerstr. 31
Bischofsplatz 6.

Schwarze

reinwollene

Kleider-Stoffe

solide erprobte Qualitäten vorzüglich im Tragen

Meter 85, 100, 110, 115, 150, 175, 190, 210 Pf. ꝛc.

Fantasie-Stoffe

in neuen Mustern

Meter 85, 95, 110, 130 165, 190, 225 Pf. ꝛc.

Konfirmanden Kleider

zu billigsten Preisen: 12,50, 15, 18 Mark ꝛc.

Sorgfältige Näharbeit. Solide, tragbare Stoffe. Schnelle Maassanfertigung.

H. M. Schnädelbach

7 Marienstraße 7.

M.-G.-V. „Frohsinn". Zschiedge. fr. Gittersee.

Mitgl. d. Arb.-S.-B. Pl. Gr. — Dirigent: Herr Franz Voise.

Sonntag den 23. Februar 1902

5. Stiftungsfest

in **Mehlhorns Gasthof** zu Birkigt

bestehend in **Gesang, humoristischen Vorträgen u. Ball**

Einlaß 5½ Uhr. — Anfang 6½ Uhr.

Um zahlreichen Besuch bittet **Der Vorstand.**

Circus Schumann

Dresden-Löbtau.

Morgen, Sonnabend d. 22. Februar, abends 8 Uhr:

Gala-Elite-Abend.

Nur noch einige Tage! Aufführung der Großen Wasserpantomime **„Auf Helgoland". Circus unter Wasser.**

Wilhelm Rössner, Meisterschaftsschwimmer u. Schwergewichts-Athlet von Sachsen und Mitteldeutschland.

Nur noch einige Tage! Auftreten der **ausgezeichneten Bonhair-Troupe** mit ihren ikarischen Spielen.

Tower und Clayton, amerikanische Excentriques.

Orig.-Clowns Edvardo & Batisto: Wrobello und Reinsch und alle dummen Auguste.

Vorführung der **bestdressierten Freiheitspferde** durch **Direktor Schumann.**

Sonntag d. 23. Februar: **2 Vorstellungen,** 3½ Uhr nachm. und 8 Uhr abends. Nachm. **ein Kind** unter 10 Jahren frei.

---

6. Reichstagswahlkreis.

Gruppe:

Kaitz usw.

Sonnabend den 22. Februar abends 9 Uhr

Versammlung

im Vereinslokal.

Tages-Ordnung:

1. **Die Finanzpolitik.** Referent: **Hans Block.**
2. Vereinsangelegenheiten.

Zahlreichen Besuch erwartet **Der Vorstand.**

Neustädter Butter-Haus

empfiehlt ganz frische

Eier. 1 Stück nur 4 Pf. Mandel 58 Pf.

Schweizerbutter, ½ Pfd.-St. 55 Pf.

nur **2 Oppellstrasse 2** bei

Butter-Adam.

Patente

erwirkt u. verwertet

Ing. Hülsmann

Dresden-A., Maximiliansallee 1.

Turnverein Briessnitz-Cotta

Sonntag den 23. Februar

Partie mit Damen.

Abmarsch punkt ½2 Uhr vom Vereinslokal **Stadt Dresden.**

Um recht zahlreiche Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

NB. Sonntag den 9. März im **Hungerschen Gasthof** zu Leutewitz **Familienabend.**

Suche per sofort zwei Wander aus der Strumpf-Strick-Branche, welche auch im Handschuhstricken bewandert sind, nach Dinkelsbühl (Bayern). Kost und Logis im Hause. Lohn nach Leistung.

Johann Feistle

Strumpfwebermeister

Dinkelsbühl.

Dank.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und den reichen Blumenschmuck beim Begräbnis meiner lieben Frau, unserer Tochter, Schwester & Schwägerin **Emilie Herrmann geb. Barkmann** sagen wir allen unseren aufrichtigsten Dank; besonders Dank den Sängern des G. V. Bernstadt-Sänger.

Dresden, d. 20. Februar 1902.

Der trauernde Gatte nebst Verwandten.

Consum-Verein „Vorwärts".

Als ganz besonders **preiswert** empfehlen wir

Gebrannten Kaffee

Pfund 92 Pf.

Strümpfe aller Art werden mit Maschine angestrickt bei **Fr. Krumbiegel, Oschatzer Straße 53, 1. Etg.**

Männer-

Hemden in Barchent	1,00—2,50
do. „ Normal	0,80—4,00
do. „ weiß	1,10—2,50
Unterhosen	0,80—4,00
Unterjacken	0,90—2,50
Aermelwesten	1,50—9,50
Socken	0,25—1,20
do. handgestrickt	1,50

Ernst Klaar

Liliengasse 25, Eing. Josephinenstr.

Radfahrer!

Die sicherste Bremse am **Fahrrad** ist die neue **Freilauf-Bremsnabe** (Patent), Modell 1902. An jedem Rade anzubringen.

Verlangen Sie hierüber Prospekt.

P. Schmelzer, Mechaniker, Ziegelstr. 19. Telephon Amt I. 4640.

Achtung! Achtung!

Eggers Fleischhallen, Erlenstr. 12.

Empfehle

ff. Kalbfleisch	Pfd. 50—60 Pf.
Stoß und Niere	Pfd. 60 Pf.
ff. Hammelfleisch	Pfd. v. 55 Pf. an
ff. Schweinefleisch	„ „ 70 „ „
ff. Rindfleisch	„ „ 50 „ „
(auch 3 Pfd. zu 1 M.)	
Hausschlachtene Blut- und Leberwurst	Pfd. 80 Pf.
do. gewöhnliche	„ 50 „
ff. Mettwurst	„ 80 „
ff. Salami- u. Cervelatwurst, ff. rais. Salat und Sülze u. versch. a. m.	

Achtung!

Leuben und Umg.

Bestellungen auf die **Sächsische Arbeiter-Zeitung, Volksfreund, Jakob, Postillon u. Glühlichter,** sowie jede Fach- und Parteiliteratur, Mode-Zeitungen usw. nimmt jederzeit entgegen

Ernst Ettling

Buchhandlung

Leuben b. Dresden, Bahnhofstraße 17.

Kinderwagen, versch. Muster, erstaunlich billig bei **Gottlebe, Löbtau, Poststraße 8.**

Eleg. **Kinderwagen** wegen Umzug spottb. z. verkaufen. Liliengasse 1, II.

Verantwortlicher Redakteur: Gustav Riem, Dresden.
Für das Feuilleton: Dr. Gustav Morgenstern, Dresden.
Druck und Verlag: Kaden & Komp., Dresden.

Hierzu 1 Beilage.

SLUB Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19020221/4
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Beilage der Sächsischen Arbeiter-Zeitung.

Nr. 43. | Dresden, Freitag den 21. Februar 1902. | 13. Jahrgang.

An die sozialistischen Vereinigungen und die Gewerkschaften.

Brüssel, 31. Januar 1902.

Genossen! Das internationale sozialistische Bureau, welches am 30. Dezember in Brüssel eine Konferenz abgehalten hat, hat uns beauftragt, Euch zu dem Internationalen Sozialistenkongreß einzuladen, welcher im August nächsten Jahres (1903) in Amsterdam abgehalten werden wird.

In Uebereinstimmung mit unseren holländischen Genossen beginnen wir bereits jetzt mit der Organisation unseres nächsten Kongresses, damit er würdig der wachsenden Macht der internationalen Sozialdemokratie und der immer bedeutsameren Rolle, die sie im Weltleben zu spielen berufen ist, ausfalle.

Wir bitten Euch deshalb, die Frage, ob Euer Verein am Kongreß teilnehmen wird, auf die Tagesordnung Eurer nächsten Sitzung oder Eures nächsten Kongresses zu setzen. Gleichzeitig fordern wir Euch auf, die Fragen zu prüfen, welche nach Eurer Meinung auf die Tagesordnung des Amsterdamer Kongresses gesetzt werden sollten.

Teilt uns bitte den Wortlaut Eurer Vorschläge vor dem 1. November des laufenden Jahres mit. Zur Zeit erwarten wir dann von Euch einen Bericht über jeden derselben.

Gemäß den Beschlüssen der Zusammenkunft des Internationalen Bureaus vom 30. Dezember erinnern wir alle sozialistischen Vereinigungen und die Gewerkschaften an die auf dem Londoner Kongreß (1896) gefaßten Beschlüsse betreffend die Zulassung zu den Sozialistenkongressen und an die auf der Brüsseler Konferenz (1899) festgesetzten und auf dem Pariser Kongreß (1900) bestätigten Ergänzungen hierzu:

Zugelassen sind durch Londoner Beschluß:

1. Die Vertreter der Vereinigungen, die das Ziel verfolgen, das kapitalistische Eigentum und die kapitalistische Produktionsweise durch die sozialistische Produktionsweise zu ersetzen und die für die Erreichung dieses Ziels die Benutzung von Gesetzgebung und Parlament für notwendig erachten.

2. Die reingewerkschaftlichen Vereinigungen (Trades Unions), welche, ohne an der politischen Bewegung teilzunehmen, die Notwendigkeit eines gesetzgeberischen und parlamentarischen Vorgehens anerkennen. Infolge hiervon sind die Anarchisten ausgeschlossen.

Durch Brüsseler Beschluß:

1. Alle Vereinigungen, die den wesentlichen Grundsätzen des Sozialismus zustimmen, als da sind: Vergesellschaftung der Produktions- und Tauschmittel, internationaler Zusammenschluß und gemeinsames Vorgehen der Arbeiter aller Länder; Eroberung der staatlichen Macht für den Sozialismus durch das als Klassenpartei organisierte Proletariat.

2. Alle Gewerkvereine, welche, ohne direkt an der politischen Bewegung teilzunehmen, sich auf den Boden des Klassenkampfes stellen und erklären, daß sie die Notwendigkeit des politischen Handelns, also von Gesetzgebung und Parlament, anerkennen.

Wir werden Euch nach dem ersten November ein Rundschreiben zugehen lassen, in welchem wir Euch bekannt machen werden: 1. mit der provisorischen Tagesordnung des Kongresses; 2. mit den von unseren holländischen Genossen und von uns für die Sicherung des Erfolgs der internationalen Arbeiter- und Sozialisten-Zusammenkunft getroffenen Vorbereitungen.

Wir bitten Euch, Eure Antwort an den internationalen Sekretär, den Genossen Viktor Serwy, Volkshaus, Brüssel, Rue Joseph Stevens, zu richten.

Im Namen des Sekretariats:

Die Mitglieder: E. Anseele. Em. Vandervelde. Der Sekretär: Viktor Serwy.

Reichstag.

148. Sitzung. Donnerstag den 20. Februar 1902, 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: v. Goßler.

Die zweite Beratung des

Militäretats

wird beim Titel Kriegsminister fortgesetzt.

Abg. **Eickhoff** (freis. Volksp.) beschwert sich gegen die Voreingenommenheit vieler Offiziere gegen Lehrer, und führt einen Fall an, in dem ein Lehrer von einem Offizier auf offener Straße vor seinen Schülern gemaßregelt wurde.

Generalleutnant **v. Tippelskirch** sagt eine Untersuchung dieses Falles zu.

Abg. **v. Brockhausen** (kons.): Die ganze Agitation der Sozialdemokraten hat keinen anderen Zweck, als den ganzen Beamtenstand, das Heer und die Monarchie zu diskreditieren. Redner wendet sich des weiteren gegen die zweijährige Dienstzeit, bedauert die Zurückziehung der Garnisonen aus vielen kleinen Städten, und wünscht bei der Naturalverpflegung der Truppen größere Berücksichtigung der landwirtschaftlichen Verkaufsgenossenschaften.

Generalleutnant **v. Heeringen:** Die Proviantämter sind angewiesen, vor allem aus erster Hand zu kaufen. Eine Anweisung, daß sie sich grundsätzlich von einer Zentralstelle kaufen sollen, kann ich nicht in Aussicht stellen. Wenn Händler billiger anbieten, müssen auch diese berücksichtigt werden.

Abg. **Stadthagen** (Soz.): Schon bei Gelegenheit des Falles Krie haben wir uns über die Auslegung des kriegsministeriellen Erlasses vom Januar 1891 beschwert, der den Soldaten jede Bethätigung sozialdemokratischer Gesinnung verbietet. Redner bringt nun einen Fall zur Sprache, in dem ein Handwerker in Herne wegen Gehorsamsverweigerung angeklagt wurde, da er die Annahme der Chinadenkmünze abgelehnt habe mit der Begründung, er sei Sozialdemokrat. Der Kriegsminister habe gestern, daß sich im Heer Disziplin und Gerechtigkeit vereinige. Die Grundlage der Gerechtigkeit aber ist die Wahrheit, hier aber wird ein Mann, der die Wahrheit aussagt, bestraft. Man kann doch einen Mann nicht zwingen, die Chinadenkmünze anzunehmen; allerdings haben wir ja so viele Denkmünzen, daß wir nicht wissen, was wir damit anfangen sollen. (Heiterkeit.) Wenn der Kriegsminister aber auf dem Standpunkt seines Erlasses steht, müßte er Sozialdemokraten überhaupt nicht in die Armee aufnehmen, thut er das, so müßte er ihnen auch Gleichberechtigung zugestehen. Gestern erklärte er ja, die Sozialdemokraten haben überhaupt kein Vaterland, irgendwo müssen sie doch aber geboren sein. (Große Heiterkeit.) In der That sind die Sozialdemokraten allein die wahren Vaterlandsfreunde. (Sehr gut! b. d. Soz.)

Abg. **Kopsch** (freis. Volksp.) bemängelt die Vergebung der Kantinen an Generalpächter, die nur diesen Vorteil bringe und dem Bestreben der Verwaltung, Mittelstandspolitik zu treiben, nicht entspreche.

Generalmajor **v. Einem:** Im allgemeinen steht die Militärverwaltung auf dem Standpunkt des Vorredners. Jetzt sind nur noch 8 Kantinen an große Firmen verpachtet, doch soll die Zahl noch weiter vermindert werden.

Abg. **Gröber** (Zentr.): Das Reichsmilitärgericht hat es für zulässig erklärt, daß der Gerichtsherr nach Einleitung der Untersuchung noch selbst Ermittelungen angestellt hat. Das ist aber ganz unzulässig. Die Erhebungen sollen doch nach dem Willen des Gesetzes nur von Sachverständigen ausgeführt werden. Eine andere Praxis würde ungeheure Verwirrung zur Folge haben. (Bravo! im Zentr.)

Abg. **Bebel** (Soz.): Leider hat der Kriegsminister auf die Anfrage meines Freundes Stadthagen noch nicht geantwortet. Ich halte den Erlaß für ungesetzlich vom Standpunkt der Gleichberechtigung aller Bürger aus.

Mit Herrn Roon sich über unsere Stellung zum heutigen System zu streiten, ist leeres Strohdreschen. Seine Weltanschauung geht rückwärts, unsere nach vorwärts. (Widerspruch rechts.) Während früher alle Parteien die bestialischen Mißhandlungen aufs schärfste verurteilten, geschieht heute nichts mehr dergleichen. Vor mehr denn 120 Jahren hat Friedrich der Große seinen Offizieren sogar den Gebrauch von Schimpfworten verboten. Was damals in einem Söldnerheere möglich war, sollte heute nicht möglich sein!

Herr Roon scheint der Ansicht zu sein, der von mir vielfach zitierte Offizier habe seine Schrift zu Gunsten der Sozialdemokratie geschrieben. Das ist aber keineswegs der Fall, sondern der Verfasser ist ein durchaus guter Patriot in Ihrem Sinne.

Die Abgg. Roon und Graf Oriola haben sich über meine Rede sehr aufgeregt im Gegensatz zum Kriegsminister, auf den meine Rede einen sehr ruhigen Eindruck gemacht hat. Ich erkenne meinerseits auch an, daß die Redeweise des Kriegsministers vorteilhaft von der Redeweise des Grafen Roon absticht. (Heiterkeit.)

Graf Roon hat dann gesagt, wenn Scharnhorst meine Ausführungen gehört hätte, würde er sich im Grabe herumgedreht haben. Diese Aeußerung beweist mir, daß Herr Roon die Reorganisationspläne Scharnhorsts überhaupt nicht kennt — ein beschämendes Zeugnis für einen früheren Generalleutnant. Scharnhorst sprach sich wiederholt für die Miliz aus. — Es ist wiederholt über die Stellung der Sozialdemokraten im Heere gesprochen worden. Soweit Urteile über die Thätigkeit von Sozialdemokraten in der Armee vorliegen, sind sie aber die denkbar günstigsten. Das hat auch Graf Caprivi 1893 meinem verstorbenen Freunde Grillenberger ausdrücklich erklärt: gerade die Sozialdemokraten zeigten sich durchaus ihrer Pflicht gewachsen. Ich wünschte, es käme nie dazu, aber ich kann Ihnen sagen, Sie werden eines Tages noch froh sein, wenn Ihnen sozialdemokratische Fäuste zur Verfügung stehen. (Bravo! b. d. Soz. Großer Lärm rechts.) Herr v. Goßler hat seine gestrige Rede zu einem sehr heftigen Ausfall gegen die Sozialdemokraten benutzt. Ich will den Ausführungen meines Freundes Stadthagen noch einige Worte hinzufügen. Herr v. Goßler meinte, wir hätten unser Vaterland nicht und wir heißen gar kein Vaterland. Als Deutsche gehören wir nach Deutschland; ich glaube gern, daß Herr v. Goßler froh wäre, wenn wir Deutschland verließen, er wäre vielleicht auch bereit, die Auswanderungskosten zu tragen. (Heiterkeit.) Wir bleiben aber im Lande und nähren uns redlich, und suchen seine Einrichtungen so zu verbessern, daß dieses Vaterland allen Deutschen lieb wird. Das haben Sie nicht fertig gebracht, das hat die bürgerliche Gesellschaft nicht fertig gebracht, das aber werden wir Sozialdemokraten fertig bringen. (Lebhafter Beifall b. d. Soz. — Lärm und Lachen rechts.)

Abg. Graf **Roon** (kons.): Mit Rücksicht auf die Geschäftslage des Hauses will ich auf die Ausreden des Abg. Bebel nicht weiter eingehen, sonst fürchte ich, daß dem Kriegsminister auch heute sein Gehalt noch nicht bewilligt wird. (Lachen b. d. Soz.)

Abg. Freiherr **v. Hodenberg** (Welfe) führt eine Anzahl Fälle von Mißhandlungen in Braunschweig und Hildesheim an. Redner bespricht die Duellfrage und verteidigt die Korps, in denen besonders die Wahrheitsliebe gepflegt werde. Die Wahrheit zu sagen und zu bekennen sei mutiger als sich vor die Pistole zu stellen.

Abg. **Kunert** (Soz.): Ich muß auf die gestrigen Angriffe des Kriegsministers noch einige Worte erwidern. Der Minister hat den Rittmeister v. Krosigk als Soldaten gelobt. Seine Behandlung der Unteroffiziere und des alten Warten war aber sehr schroff. Das ist alles aktenmäßig verlesen worden. Mein Urteil über den Rittmeister Krosigk muß ich also durchaus aufrecht erhalten. — Der Herr Kriegsminister hat dann die polnische Fraktion gegen mich ausgespielt und hat weiter gesagt: Die Sozialdemokraten haben kein Vaterland zu vergeben. Nun, die Polen haben auch kein Vaterland zu vergeben, es ist ihnen von den Deutschen gestohlen, geraubt worden. (Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident **Büsing:** Herr Abgeordneter, Sie dürfen nicht sagen, daß Deutschland den Polen das Vaterland geraubt hat, ich rufe Sie zur Ordnung.

Abg. **v. Gersdorff** (kons.) bittet den Kriegsminister, um den Kampf gegen die Polen zu unterstützen, in den östlichen Provinzen mehr Garnisonen in die kleinen Städte zu legen.

Abg. **Fischer**-Sachsen (Soz.) bittet um Auskunft über einen Fall von Soldatenmißhandlung, der sich am 11. Januar in Zittau zugetragen hat. Der Soldat Häußlein mußte strafexerzieren mit einem 24 Pfund schweren mit Sand gefüllten Tornister auf dem Rücken. So mußte er ohne Unterbrechung eine halbe Stunde lang Laufschritt machen. Der Soldat ist am nächsten Tage gestorben und unter den Soldaten wird gesagt, er habe sich zu Tode exerziert.

Schon früher sind mir aus der Zittauer Kaserne Mitteilungen zugegangen, daß die Behandlung der Soldaten besonders bei dem dritten Bataillon eine wenig schöne ist. Ich war damals optimistisch genug, zu glauben, die fortwährende Kritik im Reichstage und der Erlaß des Prinzen Georg würden bewirken, daß die Mißhandlungsfälle sich verminderten. Die Erfahrungen der letzten Zeit, ich erinnere nur an den Fall Lunawin, haben mich aber eines besseren belehrt. Es ist ganz ausgeschlossen, daß so viele Mißhandlungen vorkommen können, ohne daß die höheren Offiziere etwas davon merken. Man spricht so viel von der besonderen Ehre der Offiziere. Wie der Fall Hoie beweist, besteht diese vor allem darin, daß jeder Schlag durch den Offizier sofort erwidert werden muß. Handelt dann aber nicht auch der Soldat ehrlos, der eine Ohrfeige nicht sofort zurückgiebt? (Sehr gut! b. d. Soz.) Oder haben die Soldaten eine geringere Ehre. Durch die fortgesetzten Beschimpfungen allerdings ertötet man allmählich jedes Ehrgefühl bei den Soldaten.

Redner beschwert sich darüber, daß der Regimentskommandeur von Zittau den Soldaten verbietet, ein Gasthaus zu besuchen, in dem eine Gewerkschaftsversammlung stattgefunden hat. Wieviele Soldaten werden in den Kasernen Sozialdemokraten, nicht durch die Lektüre sozialdemokratischer Schriften, sondern aus Erbitterung über die unwürdige Behandlung! (Bravo! bei den Soziald.)

Sächsischer Bundesbevollmächtigter Major **Krug zu Nidda:** Der Soldat Häußlein ist an Gehirnkrebs gestorben. Ob dieser mit Mißhandlungen in Zusammenhang steht, wird das Ergebnis einer bereits eingeleiteten Untersuchung lehren. Im Falle Lunawin sind die betreffenden Offiziere bestraft worden. — Auf den Regimentskommandeur in Zittau habe ich keinen Einfluß.

Abg. **Demmig** (freis. Volksp.) bringt einige Wünsche auf Verminderung der Kontrollversammlungen zur Sprache, die nur eine Vergeudung von Arbeitstagen bedeute. Auch Agitation gegen die Sozialdemokraten würde in ganz überflüssiger Weise betrieben. Die Strafen der Militärverwaltung gegen Angehörige des Beurlaubtenstandes seien viel zu hart. Wer eine Kontrollversammlung versäumt, wird mit drei Tagen Mittelarrest bestraft. Wie unerträglich der Zustand ist, daß jeder, der zur Kontrollversammlung berufen wird, den ganzen Tag unter dem Militärgesetz steht, haben schon Frohme und Stadthagen gezeigt. (Beifall links.) Auch bitte ich den Kriegsminister, endlich an eine Reform des Gamaschendienstes zu schreiten. (Beifall links.)

Aus Kunst, Wissenschaft und Leben.

Kgl. Opernhaus. (Rienzi von Rich. Wagner.) Es ist merkwürdig, daß die Dresdner Hofoper es zur Zeit nicht fertig zu bringen scheint, die alte Oper Rienzi ohne Gast zu geben. Zuerst war ein Gastspiel der Frau Doenges notwendig, um die Irene zu verkörpern, bei Ausgabe des Theaterzettels aber zeigte sich, daß man wieder einmal bei dem allzeit aushilfsbereiten Frl. Reinl von der Berliner Hofoper hatte anklopfen müssen, um Rienzis Schwester auf die Bühne zu bringen. Die Rolle der Irene ist bei den Sängerinnen nicht allzu beliebt. Weder enthält sie besondere gesangliche Schlager, noch tritt sie im Verlauf der Handlung irgendwie selbständig hervor. Sie bescheidet sich immer mit dem zweiten Platz, den ersten nehmen Rienzi und Adriano ein. Die hingebungsvolle Schwester mit dem unerschütterlichen Glauben an den Bruder darzustellen und stimmlich das große Ensemble des zweiten Aktes: „Wie Sonne schön durch Wolken bricht“ anzuführen, das wird immer die Hauptaufgabe für jede Irene sein. Diese Aufgabe ist Fräulein Reinl ganz gut gelungen, besonders die gesangliche Seite der Aufgabe. Ihre weiche, umfangreiche Stimme trat hier angenehm hervor, viel besser als in den, für die Irene allerdings nur spärlich vorhandenen, großen dramatischen Ausbrüchen. Da machte sich ein Beben der Stimme bemerkbar, das die Grenze des Tremolos schon fast streifte. Die mit starken leidenschaftlichen Accenten durchsetzte Partie des Adriano, des zwischen Liebe, Familie und schönen Worten hin- und herpendelnden Jünglings ist das gerade Gegenteil von der Irene. Wie diese in der Darstellung etwas Feuer ganz gut vertragen kann, soll sie nicht langweilig werden, so muß im Gegenteil der Adriano Maß halten, zurückdämmen. Der Fehler fast aller Sängerinnen dieser Rolle ist nun, daß sie den Dichter in Leidenschaftlichkeit noch überbieten wollen. Was dabei herauskommt, konnte man gestern abend sehen, als Frau Standigl mit ungebändigtem Temperament den Bühnenraum unsicher machte. Es sei ferne von mir, den guten Willen der Darstellerin zu verkennen, er trat zu deutlich zu Tage, als daß ein Zweifel an ihm möglich wäre, aber gerade dieses vollständige Sichgehenlassen, dieses starke Uebertreiben in Spiel und Gesang brachte die unzulängliche Wirkung hervor. Ist denn kein Regisseur da, der Frau Standigl darauf aufmerksam machen konnte, daß solche Bewegungen weit über das Ziel hinausschießen und anstatt überzeugend und hinreißend zu sein, leicht in die Gefahr geraten, komisch zu wirken? Zur Verkörperung der Titelrolle der Oper besitzt Dresden augenblicklich noch einen vorzüglich geeigneten Sänger in Herrn Forchhammer. Rollen, die großen Stimmenaufwand erfordern, liegen ihm gesanglich ausgezeichnet; in dieser Hinsicht wird sein Scheiden von der hiesigen Bühne eine Lücke hinterlassen, die nicht allzuleicht auszufüllen sein dürfte. Nur mit dem Piano-Singen hapert's; das Gebet des fünften Aktes war an allen solchen Stellen zu tief. Auch der nasale Klang des Organs machte sich hier zu stark bemerkbar. Die kleineren Rollen könnten eine teilweise Umbesetzung vertragen, besonders sei auf den alten Colonna hingewiesen, dessen gesangliche Ausführung durch Herrn Decarli keine Glanzleistung mehr genannt werden kann. Wenn Herr Decarli in seiner guten Zeit auch ein guter Colonna war, ist es deshalb nötig, daß er heute, wo die Zeit den üblichen Tribut von seiner Stimme gefordert hat, immer noch die Partie singt? Die Aufführung, als Ganzes betrachtet, war nicht schlecht, es war eine gute Durchschnittsleistung, die sich in erster Linie durch Präzision auszeichnete — kleine musikalische Versehen, wie das von Frau Standigl im fünften Akt, können überall vorkommen — doch hätte eine schärfere Abtönung des Orchesters bezüglich der Stärkegrade noch erreicht werden können. Der Chor, der in Rienzi nicht unwichtig ist, hielt sich auch gut, bis auf die Schlußszene des vierten Aktes.

Die schwache Seite Indiens. Wenn ein Mann, der 20 Jahre im indischen Grenzgebiet thätig gewesen und außerdem nicht nur ein ausgezeichneter Beamter, sondern auch ein vorzüglicher Geograph ist, wenn ein solcher Mann ein Buch über die wichtigste Frage schreibt, die es für die indische Politik überhaupt giebt, so darf er wohl auf allgemeine Aufmerksamkeit rechnen. Das ist jetzt geschehen. Der englische Oberst Sir Hungerford Holdich hat seine während der letzten beiden Jahrzehnte an der indischen Nordwestgrenze gemachten Erfahrungen in einem umfangreichen Werk niedergelegt, worin er sich mit anerkennenswertem Freimut über die Richtung und die Aussichten der zur Zeit befolgten Politik bezüglich der Grenze gegen Afghanistan ausspricht. Daß diese Grenze die „schwache Seite Indiens“ ist, wird allgemein anerkannt, und der Titel dieses Aufsatzes ist nicht unsere Erfindung, sondern stammt aus einer der großen wissenschaftlichen Zeitschriften Englands, die kürzlich einen Artikel über dieselbe Frage im Anschluß an die Veröffentlichungen von Holdich gebracht hat. Man giebt sich also auch in England über die von dorther drohende Gefahr keiner Täuschung hin, und es kann für die englische Politik nur von Vorteil sein, wenn ein so kundiger Mann wie Oberst Holdich mit rücksichtsloser Offenheit die Fehler bespricht, die gemacht worden sind und jetzt wieder gut gemacht werden müssen.

Zunächst äußert er sich über die Lage bei den angrenzenden Volksstämmen, die innerhalb der Grenze wohnen und seit einigen Jahren der indischen Regierung das Leben schwer gemacht haben. An der Grenze des Pandschab ist die politische Temperatur nach der Ueberzeugung Holdichs gerade jetzt stark gestiegen und sogar bereits in die Nähe des Siedepunkts gelangt. In dem Gebiet von Swat hat der Zustand das Aussehen eines Friedens ohne Zufriedenheit. Es ist nicht leicht, festzustellen, inwieweit diese unerfreuliche Lage dem Auftreten der starken englischen Besatzungen in diesem geschichtlich berühmten Thal oder der Erbitterung der Eingeborenen über die vielen 1897 und 1898 gegen die Engländer gefallenen Krieger dieses Stammes zuzuschreiben ist. Jedenfalls deutet alles darauf hin, daß die Anwesenheit der Engländer nicht gern gesehen wird. Es läßt sich sogar mit Bestimmtheit erwarten, daß in diesem gefährlichen Bezirk schlimmere Unruhen ausbrechen, sobald eine neue streitbare Mannschaft herangewachsen ist, namentlich wenn die englische Besatzung vermindert werden sollte. Die weniger fanatischen Stämme der Orakzais und Afridis verhalten sich gegenwärtig geduldig, aber aufmerksam. Sie zehren noch von dem Ruhm, den ihnen die Entfaltung ihrer kriegerischen Tüchtigkeit zuletzt gebracht hat, sind aber augenblicklich bereit, sich mit anderen Stämmen zu verbünden, wenn die freie Ausführung der ihnen als Lebensbedürfnis erscheinenden Streiche bedroht oder ihnen gar die Unterdrückung seitens der indischen Regierung angezeigt werden sollte. Weiter im Süden, im Gebiet von Beludschistan, ist die Politik zu älteren Grundsätzen zurückgekehrt, die von den Eingeborenen gemachten Beutezüge zu erwidern, gelegentlich auch einige Wohnungen und Befestigungen niederzubrennen. Ueberhaupt scheint sich der neue Vizekönig in der Organisation der neuen Grenzprovinz an ein ursprünglicheres Verfahren halten zu wollen. Die verwickelten Formen der Verwaltung sind vielfach durch ein einfaches, darum aber vielleicht nicht weniger wirksames System ersetzt worden. Die Gesetzgeber und Advokaten sind aus ihrer wichtigen Stellung verdrängt worden und haben dem „politischen Beamten“ weichen müssen, der mit weitgehenden Machtbefugnissen, aber auch mit großer Verantwortlichkeit ausgestattet ist. Augenscheinlich kommt diese Aenderung der Grenzpolitik auf ein Zurückziehen der [illegible] heraus. Neugierige und nicht immer freundliche Augen überwachen dieses Experiment. Sein Erfolg wird im wesentlichen davon abhängen, ob wirklich fähige Beamte zu der schwierigen Arbeit in jenen gottverlassenen Gebirgsländern zu finden sein werden. In Beludschistan herrscht Ruhe und Friede, und die für Indien erfreuliche Lage in diesem Lande hat wohl hauptsächlich dazu geführt, das ältere dort bewährte Verfahren der Grenzpolitik wieder aufzunehmen. Ob die Rechnung richtig sein wird, läßt sich noch nicht sagen. Einerseits sind sowohl die politischen wie die volkischen Verhältnisse in Beludschistan

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19020221/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Abg. Kirsch (Zentr.) bemängelt die übermäßige Ausdehnung von Dauerritten bei einzelnen Kavallerieregimentern.

Generalmajor v. Einem erklärt Dauerritte für erforderlich. Grundsatz sei, daß jeder Offizier sein Pferd in bestem Zustand an Ort und Stelle bringe.

Abg. Fürst Radziwill (Pole) wendet sich gegen die Verlegung von Garnisonen nach kleinen polnischen Städten.

Abg. Dr. v. Jazdzewski (Pole) schließt sich dem Vorredner an.

Damit schließt die Diskussion. Der Titel Ministergehalt wird bewilligt, die Resolution Lenzmann gegen die beiden konservativen Parteien angenommen.

Dann vertagt das Haus die Weiterberatung auf Freitag 1 Uhr.

Sächsischer Landtag.

II. Kammer.

17. Sitzung. Donnerstag, 20. Februar, vormittags 10 Uhr.

Als erster Punkt steht auf der Tagesordnung Schlußberatung über den schriftlichen Zusatzbericht der Finanzdeputation B zu dem Berichte über Titel 31 des außerordentlichen Etats, den Bau einer normalspurigen Nebenbahn von Chemnitz durch das Chemnitztal nach Wechselburg betreffend (Nachpostulat).

Es handelt sich um die Nachforderung von 2685700 M., die das Indemnitätsgesuch der Regierung zur Folge hatte.

Abg. Teichmann (Berichterstatter): Wir haben uns heute nochmals mit dem Titel 31 des außerordentlichen Etats zu befassen, der uns in der Sitzung vom 7. Februar schon beschäftigt hat, in dieser aber an die Deputation zurückgewiesen wurde. Das Resultat der abermaligen Verhandlungen in der Deputation ist Ihnen bereits bekannt. Ich bemerke zu dem vorliegenden schriftlichen Berichte noch, daß Staatsminister Dr. Rüger bei der Beratung in der Deputation die Erklärung abgegeben hat, die in der Sitzung der Kammer am 7. Februar vom Vizepräsidenten Dr. Schill ausgegangene Anregung in Erwägung zu ziehen, wonach Vorkehrungen getroffen werden sollen, die Zweifel darüber nicht aufkommen lassen, wie weit die Befugnis der Staatsregierung zur Ueberschreitung außeretatsmäßiger Ausgaben reichen dürfe. Ich bin der festen Ueberzeugung, daß diese Erklärung nicht nur von den Ständen, sondern auch vom ganzen Lande freudig begrüßt werden wird.

Darauf wird die Nachforderung von 2685700 M. für den Bau der Chemnitztalbahn ohne weitere Bemerkungen bewilligt.

Es folgt die Beratung über den Bericht der Beschwerde- und Petitionsdeputation über die Petition des Amtsgutsbesitzers Schreiber in Kleinwaltersdorf um Verschärfung der Strafbestimmungen für den Verkehr von Kraftfahrzeugen auf öffentlichen Straßen.

Abg. Bunde (Berichterstatter): Die Deputation beantrage, die Petition auf sich beruhen zu lassen, weil die jetzt geltenden Strafbestimmungen den im Strafgesetzbuch vorgeschriebenen entsprechen und der Verkehr von Kraftfahrzeugen bereits durch eine Verordnung geregelt sei; man wolle erst abwarten, wie diese wirke, ehe man zu schärferen Maßnahmen übergehen wolle.

Abg. Schmole: Man muß sich wundern, daß eine solche Petition, die einem so dringenden Bedürfnis entspringe, in und so viele Unterschriften erhalten hat, kein anderes Votum erhalten hat. Wir in der Lausitz haben erfahren müssen, wie gefährlich der Verkehr mit den modernen Kraftfahrzeugen ist. Die Deputation wolle noch warten, da befolge man eben den Grundsatz, den Brunnen nicht eher zuzudecken, bis das Kind ertrunken ist. In der Bautzner Gegend sind eine große Anzahl Unglücksfälle durch die Automobile (Heiterkeit) zu verzeichnen. Der Redner schildert einige und verliest einen Brief eines Gutsbesitzers, in dem geschildert wird, wie er durch ein Automobil überfahren und dann noch von dem Führer, einem Kaufmann aus Breslau, rücksichtslos behandelt worden sei. Schließlich habe dieser auch die Zahlung der Kurkosten verweigert. Die zahlreichen Unglücksfälle seien ein Zeichen dafür, gegen rücksichtslose Automobilfahrer mit größerer Schärfe vorzugehen.

Abg. Rittberger: Wenn man sich mehr an den Verkehr mit Automobilfahrzeugen gewöhnt habe, würden die Unglücksfälle weniger zahlreich werden. Er erinnere auch daran, daß Staatssekretär Nieberding bereits eine reichsgesetzliche Regelung zugesagt habe.

Abg. Dietrich: Die Automobilfahrzeuge seien bereits ein notwendiges Verkehrsmittel geworden, deshalb solle man nicht mit zu großer Schärfe dagegen vorgehen.

Abg. Steiger steht auf dem Standpunkt des Abg. Schmole. Wenn so viel Unglücksfälle zu verzeichnen seien, wäre Grund zu schärferen Maßnahmen vorhanden. Man solle vor allem die großen, von weitem lesbaren Nummern für Kraftfahrzeuge vorschreiben.

Abg. Spieß: Die Kraftfahrzeuge sollten Abzeichen erhalten, daß sie schon von weitem kenntlich wären. Verunstaltet könnten sie dadurch nicht werden, denn sie wären ohnehin nicht schön.

Abg. Schubart läßt sich über die Straßenbahnunfälle aus und wundert sich, daß man diese so nachsichtig beurteile, während man bei Unglücksfällen durch Pferdegeschirre den Kutscher am liebsten lynche. Er ist für schärfere Bestimmungen gegen Automobilfahrer. Er wolle ihnen nicht das Fahren verbieten, man könne aber verlangen, daß sie vernünftig führen.

Abg. Kellner fordert eine Prüfung der Führer von Kraftfahrzeugen.

Abg. Schmole beantragt, die Petition der Regierung zur Kenntnisnahme zu überweisen.

Abg. Fichtelich: Man solle für Kraftfahrzeuge Nummern von einem Meter Höhe vorschreiben. (Heiterkeit.)

Abg. Dr. Schill: Die Petition fordert etwas anderes als andere Strafbestimmungen, wenn man sie auch zur Kenntnisnahme überweise, würde man dadurch nicht Bestimmungen erreichen, die man gewünscht habe.

Abg. Dr. Vogel: In Dresden führen die Straßenbahnwagen in den belebten Straßen schon so langsam, daß sie der Volksmund als Leichenwagen bezeichne.

Abg. Schubart: Die Bezeichnung Leichenwagen hätten die Wagen der Dresdner Straßenbahn wohl dadurch erhalten, weil schon so viele Menschen damit totgefahren worden seien. (Heiterkeit.)

Nach unwesentlichen Ausführungen der Abgg. Hähnel, Rittberger, Leupold, Hodel und v. Kirchbach wird der Antrag Schmole, die Petition der Regierung zur Kenntnisnahme zu überweisen, mit 15 gegen 31 Stimmen abgelehnt und darauf der Deputations-Antrag angenommen.

Nunmehr folgt die Beratung über den Titel 32 des außerordentlichen Staatshaushaltsetats, Bewilligung von 160000 M. für den Bau der Haltestelle Plauen-Neundorf.

Abg. Teichmann (Berichterstatter): Die Deputation habe die Forderung geprüft; sie habe aber nicht zu der Ueberzeugung kommen können, daß der Bau zur Zeit schon notwendig sei. Deshalb beantrage die Deputation, die Forderung von 160000 M. für die Erweiterung der Haltestelle Plauen-Neundorf abzulehnen.

Die Abgg. Kellner und v. Kirchbach drücken ihr Bedauern aus über das Gutachten der Deputation und weisen darauf hin, daß der Erweiterungsbau in den nächsten Jahren doch vorgenommen werden müsse.

Finanzminister Dr. Rüger: Bei der gegenwärtigen Finanzlage habe es die Regierung für geboten, dem Votum der Deputation zuzustimmen.

Abg. Mayß: Die beiden Vertreter von Plauen hätten größere Summen für den in Frage stehenden Bau gefordert. Er betone dem gegenüber ausdrücklich, daß man in Zukunft eine weise Sparsamkeit walten lassen müsse.

Die Kammer beschließt, die Forderung abzulehnen.

Darauf bewilligt man ohne Debatte zur Herstellung eines zweiten Gleises von Willau bis Wiesenburg 500000 M. — Bei Kapitel 57 des Etats, Landesarmenwesen, werden 850000 M. gefordert, bei Kapitel 58, Armenkrankenpflege, 142365 M. Die Summen werden bewilligt. Bei Kapitel 63, landwirtschaftliche Versuchsstation in Möckern, wird die Einnahme mit 18650 M. und die Ausgabe mit 63750 M. genehmigt.

Sächsische Angelegenheiten.

Ein fauler Frieden. Der sächsische Konflikt ist gestern im Landtage endgültig abgethan worden. Der neue Finanzminister hat um das Vertrauen der Deputation nachgesucht und außerdem noch die Zusicherung gegeben, daß die Regierung die Anregungen des Vizepräsidenten Dr. Schill in Erwägung ziehen werde, um eventuell Maßnahmen zu treffen, die die Grenze genau bezeichnen, wie weit die Regierung bei außeretatmäßigen Ausgaben gehen dürfe, und damit die „Volksvertreter" befriedigt. Durch dieses Entgegenkommen hat die Regierung ihren durch die Erklärung vom 7. Februar eingenommenen prinzipiellen Standpunkt verlassen. Sie hat sich zum Bittgang in der Finanzdeputation B angeschickt, obwohl nach der bereits erwähnten Erklärung des Gesamtministeriums dazu kein Anlaß vorlag. Unzweideutig erklärte das Gesamtministerium, es könne keine Verfassungsverletzung in den Ueberschreitungen erblicken. Weshalb dann jetzt der Canossagang? Die Regierung mag ein großes Friedensbedürfnis beseelt haben, dadurch würde das Vorgehen begreiflich erscheinen, aber noch nicht konsequenter werden. Die Ruhe in der Kammer hat man jetzt, aber sie ist von der Regierung schwer erkauft und ihr Ansehen hat durch diesen Kauf sicher nicht gewonnen.

Aber auch die Finanzdeputation B und mit ihr die konservative Fraktion, ja die ganze Zweite Kammer haben ihre Rolle in sehr sonderbarer Weise zu Ende gespielt. Man hat die Ueberschreitungen für eine Verfassungsverletzung erklärt, eine solche konnte nur durch ein Indemnitätsgesuch ausgeglichen werden. Ein solches ist eingereicht, später aber in aller Form durch eine Kundgebung des Gesamtministeriums wieder zurückgezogen worden. Das Bittgesuch des neuen Finanzministers mag ein weites Entgegenkommen darstellen, es bringt die Regierung in Widerspruch mit sich selbst, aber es ist doch kein Indemnitätsgesuch. Die Finanzdeputation hat aber nachgegeben, ohne daß das Indemnitätsgesuch neu gestellt worden ist, und damit ebenfalls ihren Standpunkt verlassen. Dadurch tritt so recht deutlich zu Tage, daß die ganze Aktion der Finanzdeputation B nicht ernst gemeint, sondern nichts weiter war, als ein Manöver, das den Zweck hatte, den früheren Finanzminister zu stürzen, das geben heute selbst die Dresdner Nachrichten zu.

Eine würdige Lösung des Konflikts aber bedeutet der jetzige Frieden nicht. Man hat den Konflikt vermuddelt. Zu einer Posse mit komischem Ausgang hat sich das Spiel gestaltet, das ein ernstes Schauspiel zu werden versprach. Im Landtage mag man über den faulen Frieden erfreut sein; im Volke aber werden die Spieler ausgepfiffen werden. Darunter aber wird in erster Linie, wenn nicht ausschließlich, die Regierung leiden. Sie wird die Kosten zu tragen haben.

Die Erste Kammer des Landtags hat sich mit 20 gegen 17 Stimmen gegen den Gesetzentwurf erklärt, der den in Dresden wohnenden Abgeordneten der Zweiten Kammer 6 M. Tagegelder sichern soll. Da die verfassungsmäßig erforderliche Zweidrittelmehrheit für den Entwurf nicht erreicht worden war, ist der Gesetzentwurf gefallen.

–ch– **Knappschafts-Pensionskassen.** Im Jahre 1901 bestanden im Königreich Sachsen 3 Knappschafts-Pensionskassen, nämlich die Allg. Knappschafts-Pensionskasse, welche 29565 Mitglieder zählt, die Knappschafts-Pensionskasse der v. Arnimschen Werke zu Planitz bei Zwickau mit 773 Mitgliedern und drittens die des Brückenberg-Steinkohlenbauvereins mit 2000 Mitgliedern. Von allen drei Pensionskassen wurden an Unterstützungen gezahlt 1792956 M., welche Summe sich auf 5014 Invaliden, 6449 Witwen und 2977 Waisen verteilt. An Vermögen besaßen alle 3 Kassen die Summe von 21322682 M.

Annaberg. Im hiesigen Stadtverordnetenkollegium wurden kürzlich gegen den früheren Stadtrat und jetzigen Stadtverordneten Matthes schwere Anklagen erhoben. Man sagte dem Herrn nach, daß er in seiner Eigenschaft als Stadtrat, ohne die Bewilligung der Stadtverordneten einzuholen, Fahnenstoffe für die Stadt aus seinem eigenen Geschäft bezogen und falsch gebucht habe. Diese schmutzige Wäsche ist kürzlich weiter gewaschen worden. Die Matthes und Roch, derselbe, der die Anklage erhoben hatte, gerieten hart aneinander. Stadtv. Matthes beschuldigte seinen Gegner Roch, daß dieser mit den Alten unterm Arm in den Kneipen herumgelaufen sei, um ihn (Matthes) zu verdächtigen. Alle seine Handlungen könne die Sonne bescheinen, auch jene, wo er als Vorsitzender des Festausschusses eines im Jahre 1896 abgehaltenen Festes Einkäufe für das Fest gemacht habe. Er sei berechtigt gewesen, allein und nach Gutdünken Anschaffungen zum Feste zu machen und habe es für kein Verbrechen gehalten, wenn er auch einen Teil sich und seinem Geschäft zugewiesen habe. Das halte er für korrekt und recht. Aehnlich liege es mit der Lieferung von Stoff zu den Trauerfahnen bei Bismarcks Tod. Er habe dort einen etwas besseren Stoff angeschafft (nämlich aus seinem eigenen Geschäft); solche Fahnen müßten doch längere Zeit aushalten. Er mache dem Herrn Roch auch keine Vorwürfe, wenn dieser am Königsdiner sich Weine besserer Marke auf allgemeine Kosten vorsetzen lasse. Auch das habe er nicht moniert, daß Herr Roch seinem kranken Bruder dank der Protektion eine Stellung in städtischen Diensten verschafft habe. Im übrigen hielten es andere Herren, die im Kollegium sitzen, auch so, daß sie bei Lieferungen für die Gemeinde dieselben nicht umsonst ausführen. In Annaberg seien überhaupt in letzter Zeit so manche Vorgänge zu verzeichnen gewesen, die das Ansehen der Stadt schädigen müssen. Das habe ihm der Redakteur des Blattes selbst gesagt. Hierauf legte Herr Roch los. Es sei eine Ueberhebung, wenn Matthes sage, er habe bei dem Fest im Jahre 1896 allein das Recht gehabt, Anschaffungen zu machen. Eine Verwaltung, die sich selbst Aufträge erteile, verdiene kein Vertrauen. Den Verkauf von Jubiläums-Denkmünzen habe Herr Matthes ohne entsprechende Kontrolle eingeleitet; ebenso stehe es mit der Einnahme beim Kirchenkonzert. Von der Thätigkeit des Herrn Matthes als Stadtrat werde nichts Segensreiches zu berichten sein. Der Herr Bürgermeister sei leider abermals nicht anwesend; schon das vorige Mal wurde er erwartet. Es zeugt von einer merkwürdigen Auffassung der Pflichten, daß die Herren nicht Gelegenheit nehmen, Herrn Matthes in scharfer Weise zurückzuweisen. An einem einzigen Tage hat Herr Matthes für 570 M. Fahnen bestellt! Waren denn in aller Welt die Fahnen mit einem Male an allen städtischen Gebäuden fetzen? War denn nicht kurz vorher Kaisers Geburtstag, zu dem sie merkwürdigerweise noch genügten? Mit einem Male waren die Fahnen auf allen Gebäuden, die der Stadt gehören, Fetzen, so daß an einem einzigen Tage für 570 Mark Fahnen bestellt werden mußten? Wenn die Baudeputation sich mit der Sache beschäftigt hätte, dann wären vielleicht fünf bis acht Fahnen bestellt worden. Dazu kommen Preise zum Vorschein, daß einem die Haare zu Berge stehen; unter 250 M. fällt das Meter überhaupt nicht. Mir sind von Herrn Matthes verschiedene Vorwürfe gemacht worden, u. a. daß ich im Ratswalde dem Jagdvergnügen nachgehe. Wenn man gut ißt und trinkt, dann will man sich auch mal auslaufen, und so gehe ich eben auf die Jagd. Das geht jedenfalls auch niemand etwas an; außerdem gehen noch verschiedene Kollegen zur Jagd in den Ratswald. Und nun kommt die Flasche guten Weines! Ich gehe zu Kaisers Geburtstag regelmäßig zum Diner, aber nicht in meiner Eigenschaft als Stadtverordneter, sondern als Vorsitzender des Militärvereins, und wenn ich im Laufe des Diners von Herrn Schmiedel gefragt wurde, ob ich nicht als Stadtverordneter einen guten Tropfen aus den öffentlichen Mitteln mit genehmigen wollte, so habe ich, wie jeder andere, auch an einer besseren Flasche mich beteiligt. — Eine recht merkwürdige, aber anscheinend für Annaberger Verhältnisse maßgebende Ansicht gab der Stadtverordnete Kommerzienrat Kaiser zum besten. Er meinte: Eine Kontrolle bei den Lieferungen usw. müsse natürlich stattfinden, aber es dürfe keinem Mißtrauen stattgegeben werden, und keinem der Mitglieder dürfe eine Zurückweisung zuteil werden. — Herr Matthes antwortete auf die Angriffe des Herrn Roch u. a. wie folgt: Als Stadtrat habe er sich keineswegs selbständig benommen, sondern stets in freundschaftlicher und kordialer Weise mit den Kollegen verhandelt und vor-

und der neuen Grenzprovinz völlig verschieden, andererseits wird eine so geschickte Kraft, wie sie die indische Politik damals in Sir Robert Sandeman besaß, nicht alle Tage geboren.

Der wichtigste Punkt in der ganzen Frage ist selbstverständlich die Stellung von Afghanistan. Die unruhigen und zu Treulosigkeit neigenden afghanischen Stämme zu regieren, ist nicht leicht, und es läßt sich nicht behaupten, daß mit dem friedlichen Vollzug des Thronwechsels in Kabul bereits jede Gefahr beseitigt ist. Von übermäßigen die Afghanen argwöhnisch jede Handlung ihres neuen Emirs und haben es auch noch nicht vergessen, daß noch zwei Kronprätendenten vorhanden sind, von denen sich der eine auf russischem, der andere auf persischem Gebiet befindet. Zu jedem Augenblick kann eine wilde Erregung des Ehrgeizes oder der Fanatismus dem neuen Herrscher als dem Sohn eines durch eine recht rauhe Ausübung der Regierung unbeliebten Fürsten gefährlich werden. Besonders muß das Auge der indischen Politik dauernd auf Herat gerichtet sein, auf diesen von den Russen mit großem Interesse betrachteten Platz, den Holdich den „begehrten, wenn auch etwas verrosteten Schlüssel von Indien" nennt.

Mit voller Aufrichtigkeit tadelt Holdich die seiner Zeit bei der Regelung der Grenze zwischen Indien und Afghanistan gemachten Fehler, die hauptsächlich in dem sogenannten Durand-Vertrag zusammengefaßt sind. Ohne Zweifel, so sagt der kundige Politiker, ist niemals ein merkwürdigerer und weniger befriedigender Vertrag zwischen der indischen Regierung und einem angrenzenden Staat geschlossen worden. Es wurde dadurch (November 1893) eine bestimmte Grenzlinie festgelegt und auch wirklich abgesteckt. Auf der einen Seite dieser Linie soll der Emir von Afghanistan zu befehlen haben, er soll aber niemals bewaffnete Kräfte über die Grenzpfeiler hinaus werfen dürfen. Die indische Regierung ihrerseits übernimmt die Verantwortlichkeit für all die unabhängigen Völkerschaften, die zwischen der Besitzung im Pandschab und dem Grenzpfosten wohnen. Der Emir kann die im Vertrage eingegangene Verpflichtung erfüllen, die indische Regierung aber nicht, wenigstens nicht früher, als bis sie das wilde Gebirgsland ihrer neuen Grenzprovinz thatsächlich unterworfen hat, was bisher noch nicht geschehen ist und wohl auch noch geraume Zeit in Anspruch nehmen wird. Bis dahin kann es jederzeit vorkommen, daß die Grenzstämme Raubzüge auf afghanisches Gebiet unternehmen, ohne daß sie von der indischen Regierung daran verhindert werden können, und der Emir von Afghanistan wird eine Bestrafung auf keine andere Weise erreichen können, als, indem er eben seinerseits Züge in das Land unternimmt, das er nach jenem Vertrage nicht solle betreten dürfen. Der indischen Regierung bleibt bei solchen offensichtlichen Verletzungen des feierlich abgeschlossenen Vertrages nichts übrig, als so zu thun, wie wenn sie davon gar nichts merkte, da sie ja auch ihrerseits niemals die Absicht gehabt hat, die Bestimmungen des Vertrages zu halten. Eine solche lockere Auffassung der Verantwortlichkeit für die Grenzbestimmungen kann in politischem Sinn nur als unmoralisch und als praktisch unvorteilhaft bezeichnet werden, und die üblen Folgen haben sich auch bereits gezeigt. Die unabhängigen Völkerschaften auf der indischen Seite glauben, daß die Engländer ihre Bergthäler 1893 annektiert haben, aber aus Furcht vor der kriegerischen Tüchtigkeit der Bewohner auf eine militärische Besatzung verzichten. Alle Grenzkriege und die Verstimmung des Emirs, die man bei jenen Völkern, die sich seit 1893 gezeigt hat, ist unmittelbar oder mittelbar auf jenen unglücklichen Vertrag zurückzuführen. Unversöhnlicher Argwohn und bewaffnete Kampfbereitschaft, von Zeit zu Zeit ein wirklicher Ausbruch der Feindseligkeiten seitens der Gebirgsvölker sind der Preis, den die indische Regierung für eine falsche Politik bereits zu bezahlen gehabt hat.

Ueber Schlammvulkane und „ewige" Feuer wird der Frankf. Zeitung aus Anlaß der Katastrophe von Schemacha geschrieben: Die Erdbebenkatastrophe von Schemacha, über die der Telegraph in diesen Tagen berichtet hat, steht keineswegs vereinzelt in der Region der südöstlichen Ausläufer des Kaukasus da. Die Nachrichten über ähnliche Naturereignisse im menschenleeren Hinterlande der Halbinsel Apscheron sind eben spärlich, wenn nicht ein größerer Ort betroffen wird.

Schemacha bildet ein Glied in der gewaltigen Kette der Naphtha-Vorkommnisse, deren Anfänge in den Oelfeldern Galiziens und Rumäniens zu suchen sind. Ostwärts von den Karpathen kann man zuerst in der Krim einige Naphthaquellen konstatieren; diese mehren sich dem Kamme des Kaukasus entlang von Anapa-Novorossiesk bis Schemacha-Baku.

Die Katastrophe von Schemacha ist zweifellos auf die unterirdische Thätigkeit der Naphthagase zurückzuführen. In den Oelgebieten des Kaukasus strömen diese Gase allenthalben aus der Erde hervor, Naphtha und Mergelschlamm mit sich führend. Es bilden sich allmählich konische Mergelhügel mit kraterförmigen Vertiefungen, die mit Wasser und Naphtha gefüllt sind; in der Flüssigkeit findet ein fortwährendes Aufbrodeln von Gasblasen statt. Bald sind diese Erhöhungen nicht größer als ein Ameisenhaufen, bald erreichen sie die Dimensionen eines stattlichen Berges.

Diese seltsamen Gebilde — man nennt sie Schlammvulkane — sind ein Wahrzeichen der unterirdischen Thätigkeit der Naphthagase. Wie überall in den Oelregionen des Kaukasus sind sie außerordentlich zahlreich um Schemacha vertreten und, wie der Telegraph berichtet, ist ein Vulkan bei dem Dorfe Marasa, unweit von Schemacha, in heftige Thätigkeit getreten. Sie lassen auf das Vorhandensein eines gewaltigen Gasdrucks in nicht zu großer Tiefe und ausgedehnter Hohlräume in der Erdkruste schließen. Der Zusammensturz solcher Hohlräume, sei es durch Erosion, sei es durch unterirdische Gasexplosionen, führt zu Schwankungen der Erdkruste, wie sie in Schemacha beobachtet wurden.

Schreiber dieser Zeilen hatte vor einigen Jahren Gelegenheit, den gewaltigsten Schlammvulkan des Kaukasus, den Lok-Batan, der etwa 20 Kilometer südwestlich von Baku gelegen ist, zu besteigen. Gegenwärtig ist der Lok-Batan unthätig. Vor einigen Jahren fand aber ein merkwürdiger Ausbruch statt. Ganz plötzlich entquollen dem Berge gewaltige Massen von Mergelschlamm. Gleichzeitig vernahm man ein starkes, unterirdisches Getöse, gefolgt von gewaltigen Gasexplosionen und minutenlangem Schwanken des Erdbodens. Die ausströmenden Gase entzündeten sich; die gigantische Feuersäule war weithin sichtbar.

Die Besteigung des Lok-Batan ist nicht ganz mühelos, wenngleich der Vulkan nur einige hundert Meter hoch ist. Man folgt dem ausgetrockneten Strom von Mergelschlamm, der sich vom Krater in die Ebene hinabzieht, riskiert aber dabei, bis an den Hals in die weiche Masse zu versinken. Der Name des Berges weist übrigens auf die unangenehme Beschaffenheit des Bodens hin. Lok-Batan bedeutet in der Sprache der Nomaden Das Kameel ist versunken, weil hier öfters den vorüberziehenden persischen Karawanen der Unfall begegnet, daß ein Kameel im grundlosen Mergelschlamm versank. Vom Gipfel eröffnet sich eine ausgedehnte Fernsicht auf das tief unten brandende Kaspimeer, die gelbbraune Wüste und die grauen erstarrten Wellen des Schlammstromes. Erst hier erhält man einen Begriff vom Umfang und der Gewalt der Eruption.

Nicht die Schlammvulkane allein, auch die „ewigen" Feuer, die man in den Oelregionen des Kaukasus antrifft, erinnern den Wanderer an die unheimlichen Kräfte, die in der Tiefe walten. Unweit der Stadt Baku erhebt sich in typischer Wüstenregion der Berg Atasch-Gah [illegible]. Hat man nach mühseliger Wanderung den Gipfel erklommen, so schlagen einem hochflackernde Flammen entgegen. Wo immer die Flamme durch den Wind verlöscht wird, hört man deutlich die Kohlenwasserstoffgase mit Zischen den Bodenspalten entströmen, bis sie sich wieder entzünden. Von diesem Punkte aus sieht man deutlich die weltberühmten Oelfelder von Balachani-Sabuntschi; in weiter Ferne

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19020221/6
gefördert von der
Deutschen Forschungsgemeinschaft
DFG

setzt. Redner kommt sodann nochmals auf die Fahnengeschichte zurück und erklärt, weshalb neue Fahnen angeschafft worden seien: Die Fahnen waren nicht nur für das betreffende Fest bestimmt, sondern für den allgemeinen Gebrauch für die Zukunft. Er habe ferner niemals die Preise anderen nachgesehen und habe sich niemals nach anderen gerichtet. **Wenn meine Fahnen zu teuer sind, dann braucht ja die Stadt keine bei mir zu kaufen.** Verschiedene Umstände machen es vollkommen unmöglich, die einzelnen Posten gelegentlich der Festausgaben auf Heller und Pfennig nachzuweisen, es haben da zu viele Faktoren mitgewirkt. Ich glaubte das Vertrauen zu genießen, daß man keine Zweifel in mich setze. Eine eingehende Spezifikation war damals ganz unmöglich. — Herr Roch antwortete nochmals kurz. Belege über Denkmünzen, Drucksachen ꝛc. sind eben nicht da, trotz aller Behauptungen des Herrn Matthes, wie sich aus den Akten ersehen läßt. Es ist kein bloßes Mißtrauen. — Damit war die Debatte erschöpft, die einen **recht interessanten Einblick in bürgerliche Verhältnisse** giebt. Wahrscheinlich dürfte aber mit dieser Auseinandersetzung die Gärung in Annaberg noch nicht beendet sein und eines schönen Tages dürfte die Oeffentlichkeit noch manche duftige Blume von dort präsentiert bekommen.

Deuben. Seiner Zeit hat die Angelegenheit der Hebamme Ehrhardt hier viel Staub aufgewirbelt. Es haben, wenn wir uns recht erinnern, große Protestversammlungen damals stattgefunden. Das Oberverwaltungsgericht verhandelte gestern über eine von der Hebamme, vertreten durch Rechtsanwalt Höffer in Dresden, erhobene Anfechtungsklage. Die Amtshauptmannschaft Dresden-Altstadt hatte wegen verschiedener Vergehungen gegen die Hebammenordnung, die der Klägerin schuldgegeben worden sind, deren Enthebung vom Dienste als Bezirkshebamme verfügt, und die Kreishauptmannschaft Dresden hatte diese Verfügung mittels Entscheidung vom 25. September v. J. bestätigt. Nach mehrstündiger Verhandlung, während deren auf Grund von § 26 Abs. 2 des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege vom 19. Juli 1900 die Oeffentlichkeit ausgeschlossen worden war, hat das Oberverwaltungsgericht die gegen die letzterwähnte Entscheidung gerichtete Anfechtungsklage als unbegründet verworfen. Dieses nach Wiederherstellung der Oeffentlichkeit verkündete Urteil beruht, wie aus seinem wesentlichen Inhalte nach mitgeteilten Gründen zu entnehmen war, darauf, daß das Oberverwaltungsgericht durch die Verhandlung und die darin bewirkte Abhörung der vorgeladenen Zeugen die Ueberzeugung gewonnen habe, daß allerdings, wie in den angefochtenen Verfügungen ausgesprochen war, die Klägerin bei Ausübung ihrer Thätigkeit sich mehrfacher Verfehlungen gegen ihre gesetzlichen Berufspflichten zu schulden gebracht habe und deshalb ein disziplinarisches Einschreiten gegen sie gerechtfertigt gewesen sei. Die Art und Höhe der ihr auferlegten Disziplinarstrafe aber nachzuprüfen, habe das Oberverwaltungsgericht sich außer stande gesehen, da es sich hierbei um eine Ermessensfrage handle.

Rottwerndorf bei Pirna. Der hier stationierte Gendarm Schiefer wurde in der Nacht zum Mittwoch (früh nach 2 Uhr) auf der Straße oberhalb des Gasthofes zu Friedrichswalde, neben seinem Fahrrad liegend, tot aufgefunden. Der Umstand, daß Schiefer eine Verletzung am Kopfe hatte, ließ zuerst auf ein Verbrechen schließen. Wie die näheren Erörterungen und die Untersuchung des Toten aber ergeben haben, ist Schiefer, auf einer Diensttour begriffen, vom Herzschlage betroffen worden und hat sich die unbedeutende Verletzung am Kopfe jedenfalls beim Abstürzen vom Fahrrade zugezogen. Sch. war verheiratet, aber kinderlos.

Ottendorf-Moritzdorf. Herr Gemeindevorstand Leuke schickt uns folgende Erwiderung zu. Von einem Abonnenten Ihrer Zeitung, hiesigem Gemeinderatsmitglied, wurde mir ein Ausschnitt aus Ihrer Zeitung übergeben, dessen Inhalt die Vergebung von Steineklopfen in der hiesigen Gemeinde betrifft.

Nach dieser Notiz haben die Steinklopfer für einen Meter Steine zu klopfen nur 90 Pf. erhalten. Dies trifft nur teilweise zu. Ein großer Teil dieser Steine ist für 1,60 und 1,40 M. geschlagen worden. Wenn auch zugegeben werden muß, daß ein Arbeiter im Winter bei den kurzen Tagen und dem festen Materiale kaum mehr als 1 Meter schlagen kann, so liegt bezüglich des Preises die Schuld nicht an der Gemeinde-Verwaltung, sondern an der Arbeiterschaft selbst. Die erste Submission habe ich selbst abgehalten und vor Beginn derselben die Bieter wiederholt ausdrücklich darauf hingewiesen, daß nur sehr festes Steinmaterial in Frage komme und die Arbeit gut ausgeführt werden müsse, weshalb die Bieter sich gegenseitig nicht selbst mit den Preisen herunterdrücken möchten, da es der Gemeinde fern liege, die Arbeitslosigkeit zu ihren Zwecken auszunutzen. Trotzdem wurde immer wieder das Mindestgebot von 90 Pf. pro Meter bei den letzten Steinmengen herbeigeführt. — Eine weitere Menge Steinmaterials wurde 4 Wochen später vergeben. Aber auch bei dieser Submission unterboten sich die Teilnehmer wieder bis auf 90 Pf. pro Meter. Obgleich die Teilnehmer wußten, daß bei 90 Pf. von einem Verdienst keine Rede sein konnte, gönnte doch einer dem anderen den Zuschlag nicht und führten durch ihr eigenes Verschulden das ungünstige Resultat herbei! Von einem Ausbeutungssystem und Ausnutzen der Arbeitslosigkeit kann da wohl nach Lage der Verhältnisse nicht die Rede sein. Gern würde die Gemeinde einen festen Preis für Steineklopfen geben, aber dies ist nicht gut angängig. Bei den 2—300 Metern, die jährlich zu vergeben sind, können nicht alle Interessenten berücksichtigt werden. Es würden solchen Falles eine große Unzufriedenheit unter den unberücksichtigt gebliebenen Arbeitern Platz greifen und die Gemeinde-Verwaltung mit Vorwürfen überhäuft werden.

---

schimmern die weißen Häuser von Surachany. Man ahnt den Zusammenhang der großen unterirdischen Naphthal-Reservoire mit den berühmten „ewigen" Feuern letzteren Ortes, mit den Flammen, die uns umflackern, und den häufigen Schwankungen der Erdkruste jener Regionen.

Die Beschaffung künstlerischen Wandschmuckes für die **Berliner Gemeindeschulen** soll in der nächsten Zeit ernstlich betrieben werden. Aus den Reihen der Gemeindeschullehrer ist vor kurzem eine freie Vereinigung zur Pflege der Kunst in der Schule zusammengetreten. Sie hat jetzt ihre erste Sitzung abgehalten und sich unter anderem mit der Frage des Wandschmuckes beschäftigt. Eine von ihr gewählte Kommission ist beauftragt worden, nach Klassen zusammenzustellen, was von künstlerischem Wandschmuck und künstlerisch nicht minderwertigen Anschauungsbildern vorhanden ist, die den Unterricht zu unterstützen und zugleich die künstlerische Bildung der Jugend zu fördern geeignet sind.

Kleine Nachrichten aus Kunst und Wissenschaft. Ueber Tolstois Befinden wird dem Berliner Tageblatt aus Petersburg gemeldet: Gestern traf hier der älteste Sohn Tolstois ein, der die erfreulichsten Nachrichten mitbrachte. Der Graf sei auf dem Genesungswege. Gestern erhielt er eine weitere Depesche, daß die Gesundung fortschreite und jegliche Gefahr vorüber sei, obwohl die Fieberanfälle fortdauern. Wie wenig dieser günstigen Nachricht zu trauen ist, beweist eine andere Meldung, wonach sich Tolstois Zustand in den letzten 24 Stunden verschlimmert habe. Die Schwäche nehme zu, doch sei der Dichter bei vollem Bewußtsein. —

Der bedeutende Architekt Hugo Licht, Mitglied der Berliner Akademie der Künste und Chef des Hochbauamtes der Stadt Leipzig, der Erbauer des neuen Leipziger Rathauses, feiert heute den 61. Geburtstag. —

Vom vormaligen Stadtrat und Fabrikbesitzer A. Zschille in Großenhain in Sachsen waren dem Museum für Völkerkunde in Leipzig Sammlungen überwiesen worden, die, als über den Nachlaß des Genannten Konkurs eröffnet werden mußte, vom Konkursverwalter in Anspruch genommen wurden. Nun war die Stadtgemeinde zwar bereit, eine Abfindungssumme zu zahlen, der geforderte Betrag war aber so hoch, daß sich eine Einigung nicht erzielen ließ. Es wird deshalb zwischen der Stadtgemeinde Leipzig und der Konkursverwaltung zu einem Rechtsstreite kommen. —

Gröba. Zu den gefallenen Größen ist nun auch der hiesige Gemeindevorstand Otto zu rechnen. Dieser Herr, der stark in Sozialistentötung machte, ist plötzlich von seinem Piedestal herabgestürzt und liegt zerschmettert zu Füßen derer, die er nicht zerschmettern konnte. Otto war das Urbild eines schneidigen Beamten, besonders wenn es sich um Arbeiter handelte, und er witterte stets einen verkappten Sozi unter diesen, sobald sich die Arbeiter nicht in Hundedemut dem Gewaltigen näherten. Nun ist seine Macht dahin und keine einzige Stimme erhebt sich in unserem Dorfe zu seiner Verteidigung.

Es sollen auch sonderbare Sachen auf unserem Gemeindeamte passiert sein. Es sind da z. B. seit 1896 zwei Einbrüche verübt worden, ohne daß man den Versuch gemacht hat, den Dieb zu erwischen oder Lärm zu schlagen, nicht einmal die Gemeinderatsmitglieder sind ordnungsgemäß unterrichtet, sondern bloß unter der Hand davon verständigt worden.

Ob diese Fälle der Verwaltungsbehörde gemeldet worden sind, wissen wir nicht; jedenfalls hat man von einer stattgefundenen Untersuchung nichts gehört. Eine eigenartige Spezies von Dieb scheint der eine gewesen zu sein, da er sich lediglich auf die Entwendung der 1898er Steuerrolle beschränkt hat. Nur einmal sind 220 M. aus dem nichtgeschlossenen Geldschrank gestohlen worden, doch ist diese Thatsache erst jetzt von dem Gemeindevorstand dem Gemeinderat bekannt gegeben worden, trotzdem der Fall wohl schon über ein Jahr zurückliegt. Auch ist einmal eine Lampe umgefallen und Papiere verbrannt. Fürwahr, ein eigenartiges Zusammentreffen unglücklicher Umstände, das sich auf Vernichtung von Aktenstücken hinausläuft!

Ein solcher unglücklicher Umstand scheint es auch gewesen zu sein, der jetzt ein Defizit von 1280 M. entdecken ließ. Denn hätte nicht ein Blatt in dem Buch gefehlt, wäre vielleicht der Sekretär nicht darauf gekommen. Genug, das Defizit ist entdeckt und die Entrüstung groß. Bloß der Gemeindevorstand, Herr Otto, kann sich den Sachverhalt nicht erklären, ihm bleibt das Verschwinden des Blattes sowohl wie des Geldes ein unlösbares Rätsel. Der Gemeinderat hatte beschlossen, den Gemeindeältesten und den Sekretär zur Meldung an die Amtshauptmannschaft zu delegieren und um Untersuchung des Sachverhalts zu bitten. Der eine der Herren soll etwas enttäuscht gewesen sein von der Antwort, die er von dem Amtshauptmann, Herrn Dr. Uhlemann, nach Vortrag des Sachverhalts erhalten hat. Die Antwort soll gewesen sein: Da haben Sie nicht korrekt gehandelt. Wenn das einer von meinen Beamten thäte, gegen den würde ich sehr strenge verfahren, dem zeigte ich die Thüre. Eine Untersuchung ist wohl von einem Assessor vorgenommen worden, doch ist der Herr Otto noch im Amte, was nun wieder das ganze Dorf nicht begreifen kann. Jedenfalls hat die Sache sehr unangenehm berührt, da Herr Otto eine Ordnungsstütze ersten Ranges war.

Hainichen. Vom Landgericht Chemnitz wurde ein hiesiger Tiefbauunternehmer zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt. Er hatte wiederholt in Chemnitz Dynamit gekauft und es im Eisenbahnwagen nach Hause transportiert, entgegen den Bestimmungen des Sprengstoffgesetzes.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Das am Rathberge in Planitz unterhalb des Alexanderschachtes durch Senkungen infolge des Kohlenabbaues entstandene Bruchfeld hat die Zwickau-Lengenfelder Staatsstraße bei Station 180 erreicht und die östliche Straßenkante daselbst zum Einsturz gebracht. Im Interesse der Sicherheit des öffentlichen Wegenverkehrs hat die kgl. Amtshauptmannschaft Zwickau an der gefährdeten Stelle eine Einschränkung des Wagenverkehrs dergestalt versucht, daß immer nur ein Geschirr die Straßenstelle passieren soll. — Auf den 12 Uhr 15 Min. nachmittags vom Eilenburger Bahnhofe in Leipzig abgehenden Zug wurde gestern, wie das Eilenburger Nachr.-Bl. berichtet, kurz vor Station Schönefeld geschossen. Die Kugel durchschlug das Fenster eines Wagens vierter Klasse und nahm ihren Lauf längs des Innern des Wagens. Verletzungen sind glücklicherweise nicht vorgekommen, obwohl die Glassplitter umherflogen und der Wagen sehr gut besetzt war. — In verschiedenen Geschäften in Lengenfeld machte eine Frauensperson Einkäufe, wobei sie, wie sich nachträglich herausstellte, mit falschen Einmarkstücken bezahlte. Es gelang der Polizei, der Frauensperson hier noch rechtzeitig habhaft zu werden; ein in ihrer Begleitung befindlicher Mann wurde ebenfalls festgenommen. Die beiden Leute, von denen der Mann auf der Polizeiwache einen vergeblichen Fluchtversuch machte, sollen aus Zwickau sein. — Das Opfer eines Bahnfrevlers wäre am Freitag nachmittag beinahe der von Klingenthal nach Markneukirchen fahrende Personenzug geworden. An einer ziemlich abschüssigen Stelle war ein mehr als einen Zentner schwerer Stein auf die Schienen gewälzt und mit kleineren Steinen förmlich verkeilt worden. Der Lokomotivführer bemerkte das Hindernis im letzten Augenblicke und brachte den Zug zum Stehen. Von den Thätern hat man noch keine Spur. — Beim Fällen von großen Fichtenstämmen ist am Freitag nachmittag der Waldarbeiter Hans Süß in Eibenstock tödlich verunglückt. S. wurde von einem in verkehrter Richtung niederfallenden Baume derart getroffen, daß er drei Beinbrüche, Armbrüche, Schädelbruch, Kieferbruch und eine Anzahl anderer Verletzungen davontrug. Trotzdem blieb er noch bei Besinnung und konnte sich mit seinen Angehörigen verständigen. Erst am Sonnabend abend erlöste der Tod den Unglücklichen von seinen schrecklichen Leiden.

Stadt-Chronik.

Die Wohnungsfrage

kam, wie wir erwarteten, gestern abend anläßlich der Beratung des gegen den hiesigen Spar- und Bauverein gerichteten Antrags Hartwig zur Erörterung, wie aus unserem Bericht über die Sitzung zu ersehen ist. Aus der Debatte ist uns besonders die unsichere, lavierende Haltung der Stadtverordneten aufgefallen, die sonst mit ihrem Leberecht durch dick und dünn gehen. Fast alle diese Herren betonten, daß der Antrag unter allen Umständen das Gute habe, daß einmal die Wohnungsfrage im Stadtverordneten-Kollegium zur Erörterung komme. Das ist wichtig nach zwei Seiten hin. Einmal spricht aus diesem Hinweis eine große Verlegenheit über den Hartwigschen Antrag, der von keinem einzigen anderen Stadtverordneten mit unterzeichnet war, wie das sonst in solchen Fällen üblich ist. Der Hartwigsche Antrag hatte durchaus nicht die Tendenz, die Wohnungsfrage nun endlich einmal gründlich aufzurollen, und Leberecht hat auch dieser Auslegung nicht das Wort geredet. Wir sind im Gegenteil ganz der Ansicht des Herrn Heßler, daß es sich hier wieder einmal um einen provozierenden Vorstoß des Hausbesitzergenerals handele, bei dem man vorsichtigerweise Herrn Hartwig zunächst allein operieren ließ. Wenn die Wirkung des Antrags als Folge hat, was man ihm als Absicht unterstellt, so liegt das in der Natur der Sache. Dann aber stellen sich die Hartwigerianer mit dieser Bemerkung auch ein sehr böses Zeugnis für ihre sozialpolitische Reife und Einsicht aus. Sie thun so, als ob ihnen nun endlich eine längst **gewünschte** Erörterung der Wohnungsfrage geboten wäre. Ja, wer hinderte denn die Herren, eine solche Erörterung schon längst einmal in die Wege zu leiten?! Es ist doch wirklich traurig zu sagen, daß man da auf den Antrag Hartwig warten mußte. Und da ist sehr kennzeichnend, was Herr Müller von Berneck in recht sarkastischer Weise sagte, nämlich, daß es ihm bisher bei allen Versuchen nicht gelungen sei, die Wohnungsfrage einmal eingehender zur Erörterung zu bringen. Er freue sich, nun bei einigen Herren mehr Verständnis für die Sache zu finden. (M. v. B. spielt bekanntlich eine große Rolle im Mietbewohnerverein.) Er meinte damit die Herren Stadtverordneten Dr. Graupner, Landrichter Dr. Heinze und Dr. Scheven; man kann zugeben, daß diese Herren gestern abend der Debatte einen höheren Flug gaben, als man sonst im Stadthause gewöhnt ist; die Leute verstehen offenbar etwas von der Sache, und benutzten die Gelegenheit, das zum Ausdruck zu bringen. Wie Spreu zerstoben vor ihren Argumenten die Schlüsse, die sich Herr Hartwig aus einigen statistischen Angaben und Zahlen nach seinem Gusto zurecht gemacht hatte. Er war durch den nach seiner Ansicht sicher programmwidrigen Verlauf der Sache offenbar aus dem Konzept gebracht, und sein Schlußwort stach merklich von der ruhigen Begründung seines Antrags ab. Er verfiel in die gewohnten Mätzchen und persönlichen Anrempelungen, aus denen man die Mißstimmung herausmerken konnte. — Als fester Draufgänger für die Interessen der Hartwigerianer stellte sich mit einer plumpen, dummen, [illegible], völlig gehaltlosen Rede Herr Fabrikant Kunath vor. Sie passen wirklich gut zusammen, die Herren Hartwig und Kunath, wenn sie so treuherzig erzählen, daß der eine in Unkersdorf unter dem Strohdach geschlafen hat, der andere im Waisenhause seine Bildung genossen hat. Solche Dinge muß die Welt freilich wissen. Den Rekord erreichte aber gestern abend sicher der allen Stilisten und Verehrern der deutschen Sprache als abschreckendes Beispiel dienende Herr Bildhauer Flockemann: Die Hausbesitzer sind im Grunde genommen **„die Herren der Stadt"**, selbst die Straßen sind ihr persönliches Eigentum. Der Herr sprach ein großes Wort gelassen aus.

Noch auf etwas möchten wir besonders hinweisen. Herr Hartwig tritt für **höhere Löhne der Arbeiter** ein, ein Sprung von 1000 auf 1800 M. erscheint ihm eine Kleinigkeit. Wir werden uns das merken für die Zeit, wo Herr Hartwig wieder einmal auf die hohen Löhne der Bauarbeiter, die nach seiner Ansicht das Bauen und damit die Wohnungen verteuern, raisonnieren wird. Sollten wir aber wirklich in Leberecht einen Bundesgenossen für Erreichung höherer Löhne der Arbeiter gewonnen haben, so wird das den Arbeitern lieb sein. Dann wird er wohl sicher in seinem Leiborgan, der Dresdner Bürgerzeitung, den Kampf in diesem Sinne aufnehmen. — Der nicht Geheimer Hofrat gewordene Vorsteher Dr. Stöckel mußte tüchtig bremsen, daß einzelne Redner nicht über den Strang schlagen. Die Mäßigkeitsfrage wurde gestern wieder in die Debatte gezogen, sie gehört zum eisernen Bestand, wie wir schon letzthin einmal bemerkten.

Aus dem Stadtverordnetensaale. Das Kollegium nahm gestern in 2½stündiger Beratung **zur Wohnungsfrage** Stellung. Die Herren waren dann von der ihnen ungewohnten Beschäftigung mit einem solchen sozialpolitischen Thema derart erschöpft, daß sie Tagesordnung Tagesordnung sein ließen und gleich die Sitzung schlossen. Der Antrag lautete:

„Kollegium wolle beschließen, den Rat zu ersuchen,

1. von den Ergebnissen der im Oktober 1901 vorgenommenen Zählung der leerstehenden Wohnungen, wie sie das statistische Amt der Stadt Dresden angiebt,
   a) an das Reichsamt des Innern zu Berlin,
   b) an Se. Königl. Hoheit den Prinzen Friedrich August als den hohen Protektor und Herrn Landgerichtsdirektor Dr. Becker als den Vorsitzenden des Aufsichtsrates des Dresdner Spar- und Bauvereins sowie
   c) an die Königl. Staatsregierung und die beiden Ständekammern des Königreiches Sachsen

   Mitteilung ergehen zu lassen und
2. daran die Darlegung zu knüpfen, daß es bei der enormen Zahl leerstehender kleiner Wohnungen zur Zeit nicht als notwendig angesehen werden könne, deren Zahl noch durch künstliche Mittel und besondere Zuwendungen zu vermehren, wie dies durch Hergabe einer Summe von 100000 M. aus Reichsmitteln an den Dresdner Spar- und Bauverein bereits geschehen ist und von diesem Vereine selbst durch eine Petition an die Ständekammern erstrebt wird, in welcher um unentgeltliche langjährige Ueberlassung von fiskalischem Areale gebeten wird. St.-V. Baumeister Hartwig."

Zur Begründung des Antrags führt Baumeister **Hartwig** aus, dem Dresdner Spar- und Bauverein seien vom Reichsamt des Innern zum Bau von Wohnungen für Postbeamte 100000 Mark unter Verzicht auf mündelsichere Anlage gewährt worden. In Berlin scheine man also der Meinung zu sein, daß es in Dresden an Wohnungen fehle. Das wäre unrichtig. — Nach Mitteilungen des städtischen statistischen Amtes habe die Zahl der leerstehenden Wohnungen betragen: 1. mit **einem** heizbaren Zimmer 1896: 631, 1897: 687, 1898: 636, 1899: 768, 1900: 1116 und 1901: 1725; 2. mit **zwei** heizbaren Zimmern 1896: 509, 1897: 583, 1898: 590, 1899: 745, 1900: 1140 und 1901: 1547. — Bei den Zwangsversteigerungen von Grundstücken im letzten Jahre wären 10 Millionen Taxwert verloren worden. Es sei besser, wenn die Stadt die obigen Eingaben mache, als wenn das vom Hausbesitzerverein ausgehe, denn die Stadt sei eine unparteiischere Instanz. Man müsse wünschen, daß erst der Vorrat von 3000 leerstehenden Wohnungen aufgebraucht werde, ehe man den Spar- und Bauverein unterstütze. Man solle den Hausbesitzern nicht noch mehr Konkurrenz schaffen. Jetzt sei ja jeder Hausbesitzer gern bereit, den Wünschen der Arbeiter auf Mietermäßigungen nachzukommen.

Der Vorsitzende, Rechtsanwalt **Stöckel**, verlies eine Reihe Anträge. Landrichter **Heinze** beantragt, den Hartwigschen Antrag an die zuständigen Ausschüsse zu verweisen. Dr. **Scheven** beantragt, daß der Rat eine **Wohnungs-Enquete** veranstalte, wobei berücksichtigt werden möge: die Größe der Wohnung im Verhältnis zur Bewohnerzahl, die Größe der Miete zum Einkommen, die Zahl der Schlafgänger und Aftermieter, der Stand der Wohnung usw. Es möge die Untersuchung auf ein Arbeiterstadtviertel ausgedehnt werden. Kaufmann **Grunner** beantragt das von den Hausbesitzern herbeigesehnte größere Ausnutzungsrecht des Bodens. Er wünscht größere Ausnutzung der vierten Stockwerke und Ausbau der Hinterhäuser auch in den Stadtteilen, wo dieses der Bebauungsplan verbietet. Bezirksdirektor **Ahlhelm** stellt den Antrag, daß zu dem Zahlenmaterial des Antrags Hartwig auch die **Mietssteigerungen** in den letzten zehn Jahren hinzugefügt werden möge. Baumeister **Hartwig** beantragt als Antwort auf diesen Antrag, auch die **Lohnsteigerungen** der Arbeiter in den letzten zehn Jahren zu ermitteln.

Dr. **Graupner**: Die Angelegenheit steht dem Kollegium fern und geht aus dem Rahmen unserer Pflichten hinaus. Wir bringen den Rat in eine mißliche Lage. Die leerstehenden Wohnungen werden nur nicht bezogen, weil sie in häßlichen oder entlegenen Straßen liegen und oft verwahrlost [illegible]sche Straßen sind z. B. Rosenstraße, Palmstraße, Louisenstraße, [illegible] und Alaunstraße. Ich bitte, den Antrag Hartwig abzulehnen. Landrichter **Heinze**: Am liebsten würde ich mit dem Antrage kommen, der Rat solle die Vorlage einbringen, den Spar- und Bauverein mit einer erheblichen Anleihe zu unterstützen. (Lärm bei den Hausbesitzern.) Der zur Debatte stehende Antrag umfaßt eine schwierige sozialpolitische Frage, die man hier nicht so ohne weiteres abthun können. Das Reichsamt des Innern hat eine hohe Summe bewilligt, weil auf Anfrage der Dresdner Oberpostdirektor angab, die hiesige Wohnungsnot sei entsetzlich. (Lärm b. d. Reformern.) Heute morgen ist allen Stadtverordneten die neueste Broschüre des Landgerichtsdirektors **Becker** zur Wohnungsfrage zugegangen. Ich nehme an, Sie haben sie gelesen. (Zuruf: Ja, was erhalten! Nein!) So, dann werde ich Ihnen den Hauptinhalt mitteilen. (Protest.) Herr Becker sagt, daß 40000 Familien in Dresden ein Einkommen bis 1100 M. besitzen. Eine Wohnung, die diesem Einkommen entspricht, dürfte nicht mehr als 200 M. kosten. Wir haben aber nur 18000 Wohnungen in dieser Preislage. Demnach wohnen 22000 Familien in verhältnismäßig zu teueren Wohnungen und sind gezwungen Aftermieter zu nehmen. Amtsgerichtsrat **Heßler** will sich nicht über die provozierende Tendenz des Antrags Hartwig näher verbreiten (Baumeister Hartwig: Oho!) und hält es für unmöglich, daß das Kollegium die Geschäfte des Hausbesitzervereins besorgt. Dr. **Scheven** bestreitet, daß die leerstehenden Wohnungen auf einen Ueberfluß von Wohnungen ohne weiteres schließen lassen. Die Wohnungs- und Mäßigkeitsfrage hingen innerlich zusammen. Die häßlichen Wohnungen treiben die Leute ins Wirtshaus. Wenn das Kollegium dem Hausbesitzerverein Vorspanndienste leistete, würde es sich ein Armutszeugnis ausstellen. **Die Annahme des Antrages Hartwig würde nur beweisen, daß der**

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19020221/7
gefördert von der
Deutschen Forschungsgemeinschaft
DFG

Hausbesitzerverein in diesem Kollegium eine dominierende Stellung einnehme. (Lärm der Hausbesitzer und Reformer.) Ginge der Antrag durch, so müsse mit aller Kraft erstrebt werden, daß der Landtag das ungerechte Privilegium der Hausbesitzer bezüglich der Vertretung in den Gemeindekollegien durch eine Aenderung der revid. Städteordnung beseitige. (Lärm.) Das nannten die Gewerbetreibenden ohne Hausbesitz für sich als ihr Recht beanspruchen. (Vorsitzender: Ich bitte, zur Sache zu sprechen! — Beifall.) Ich warne davor, daß das Kollegium die Schwachheit begeht, den Antrag anzunehmen. (Lärm.)

Vorsitzender: Die Bemerkung war ungehörig.

Rechtsanwalt Müller v. Berneck giebt in humoristischer Rede seiner Freude Ausdruck, daß er mit seinen Ansichten über die Wohnungsfrage nicht mehr allein stehe und in Dr. Schwen und Landrichter Heinze Mitkämpfer gefunden habe. Maschinenfabrikant Kunath: Ich muß sagen, als ich den Antrag las, bekam ich gelindes Bauchweh. Ich muß sagen: Das ist Oel ins Feuer. Nun geht die Einzelen wieder in die Brüche. Ich halte für falsch, solche Spar- und Bauvereine zu unterstützen, an deren Spitze Leute stehen, die sich nur einen Namen machen wollen. (Lärmender Beifall der Reformer. Baumeister Hartwig: Sehr richtig!)

Vorsitzender: Eine solche Bemerkung ist ungehörig! Sie müssen bei Ihren Gegnern die gleiche Ueberzeugungstreue voraussetzen.

Stadtv. Kunath: Ich nehme sie zurück. (Gelächter. Vorsitzender: Da giebt es nichts zu lachen!) Die Beseitigung der Aftermiete ist eine sehr ideale Forderung. Was wollen Sie aber an ihre Stelle setzen? Junggesellen-Kasernen? Da kennen Sie die Sozialdemokraten schlecht. Wenn die Spar- und Bauvereine unterstützt werden, dann müssen auch die privaten Bauunternehmer unterstützt werden. (Hartwig: Sehr richtig!) Wir Hausbesitzer lassen uns nicht an die Wand drücken. (Zuruf: Wollen wir auch nicht!)

Vorsitzender: Ich will nicht, daß die Debatte den Anschein erweckt, als ob hier eigene Interessen verfochten werden. Wir nehmen hier nur objektiv Stellung.

Rechtsanwalt Hädel beantragt, alle Anträge in die Ausschüsse zu verweisen. Der Vorsitzende verliest ein Schreiben des auf der Tribüne anwesenden Landgerichtsdirektors Becker, worin dieser seine Dienste in der Debatte anbietet. Das Anerbieten wird für die Ausschußsitzungen angenommen.

Amtsgerichtsrat Hesler erwidert einem Vorredner, er habe nicht von Reformern im Kollegium, sondern nur den Stadtverordneten gesprochen, die den Reformern nahestehen.

Vorsitzender: Wir haben hier nur Stadtverordnete und keine Reformer. (Bravo!)

Herr Gloß behauptet, die Arbeitslosenversicherung sei viel wichtiger als die ganze Wohnungsfrage. Bildhauer Flotemann: Wenn 3000 Familien ohne Wohnung auf der Straße lägen, könnte man von Wohnungsnot reden. Jetzt sind aber 5000 Wohnungen leer. Also darf man nur von einer Hausbesitzernot sprechen. (Lachen.) Vom Gastwirt verlangt niemand, daß er das Bier vielleicht drei Pfennig billiger gebe; auch den Bäcker belästigt man nicht mit Preisermäßigung. Nur der Hausbesitzer soll immer mit sich handeln lassen. Die Bestimmung der Städteordnung, daß die Hälfte der Stadtverordneten Hausbesitzer sein sollen, benachteiligt die Hausbesitzer. Sie sollten mehr Rechte haben. Nicht nur die Häuser, auch die Straßen gehören den Hausbesitzern. Sie sind also die Herren der Stadt. (Stürmischer Beifall der Reformer — Heiterkeit.) Zum Straßenbau bezahlt der Mieter keinen Pfennig. Wir müssen Herrn Hartwig dankbar sein, daß er der Ausbreitung solcher krankhafter Wohlthätigkeitsbestrebungen, wie sie die Spar- und Bauvereine betreiben, entgegentritt.

Bürgermeister Leupold erklärt, es sei bei dem zu Tage getretenen Zwiespalt im Kollegium für den Rat wohl unmöglich, dem Antrag zu entsprechen.

Die Rednerliste ist erschöpft.

In seinem Schlußwort sagt Baumeister Hartwig: Wenn die Mietzinse in keinem Verhältnis zum Einkommen der Arbeiter stehen, so folgt nicht daraus, daß nun die Mieten zu ermäßigen sind, sondern vielmehr, daß die Arbeitslöhne zu erhöhen sind. Ist der Arbeitslohn von 1000 M. zu niedrig, so muß er auf 1600 M. fixiert werden. Die Wohnungsphantasten — Wohnungsnarren will ich aus Höflichkeit nicht sagen — lamentieren über die schlechte Beschaffenheit der Wohnungen. Ich habe mit meinem Vater, dem Kantor von Unterbeck, während meiner ganzen Jugend direkt unter dem zugigen Strohdach geschlafen und bin doch heute für mein Alter sehr gesund! Oftmals wird die Wohnung vom Mieter verlaust. Einer der Vorredner, ein Herr Amtsrichter oder Amtsgerichtsrat Heßler oder Hesse — ich weiß nicht, wie er heißt — will meinem Antrag eine provozierende Tendenz unterschieben. Vielleicht hat er ihn gar nicht verstanden. (Heiterkeit.) Der Erlaß der preußischen Minister zur Wohnungsnot imponiert mir nicht. Die Freisinnige Zeitung schrieb damals: „Sieht schön aus und kostet nichts.“ Das ist auch meine Meinung. Alle jene sozial-politischen Ideologen, u. a. die in der Wohnungsfrage agitierenden, besorgen, wie auch der Dresdner Anzeiger unlängst sehr treffend ausführte, nur die Geschäfte der Sozialdemokratie. (Beifall der Reformer.)

Mit allen gegen 8 Stimmen werden (Antrag Hädel) sämtliche Anträge in die Ausschüsse verwiesen.

Bürgerrechts-Verweigerung. Der Rat läßt nicht von seinem illegalen Verfahren bei der Auslegung des Begriffes der Selbständigkeit, die nach § 11 der Rev. Städteordnung Voraussetzung zur Erwerbung des Bürgerrechts erforderlich ist. Jetzt ist wieder einem Arbeiter lediglich aus dem Grunde, daß er keinen eigenen Haushalt im Sinne eines verheirateten Arbeiters hat, weil er eben nicht verheiratet ist, das Bürgerrecht verweigert worden. Im übrigen sind bei dem Zurückgewiesenen alle Vorbedingungen für die Erwerbung des Bürgerrechts erfüllt. Es wird dagegen Beschwerde geführt und diese wohl bis zur letzten Instanz durchgefochten werden. Man versteht es kaum, wie sich der Rat in jedem einzelnen Falle ein loyaleres Verfahren abzwingen läßt; von keiner anderen sächsischen Stadt hört man solche Dinge. Mit seiner viel zu engen Auslegung des Begriffes Selbständigkeit ist der Rat schon früher von der vorgesetzten Behörde eines anderen belehrt worden; man scheint sich aber nicht daran zu kehren und es in jedem einzelnen Falle auf eine Beschwerde ankommen zu lassen. Dieses Verfahren ist um so bedenklicher, als dabei nicht gleichmäßig verfahren wird; man gewährt dem einen, was man dem andern im gleichen Falle verweigert.

Die Deutsche Wacht als Helferin des Handlungsgehilfen-Blattes. Unter der Ueberschrift „Die Genossen unter sich“ bringt heute das Antisemitenorgan Deutsche Wacht einen längeren Artikel, der sich mit den Angriffen des sozialdemokratischen Handlungsgehilfen-Blattes auf die Verwaltung des Konsumvereins Löbtau und dem Genossen Fleißner beschäftigt. Dem, allen Dreckseelen eigenen Grundsatze entsprechend: Verleumde nur frisch drauf los . . . . ., bringt die Wacht natürlich nur das über die Sache, was ihr gerade in den Kram paßt, obwohl die eingehende Information durch die sachlichen beiden Nummern des Handlungsgehilfen-Blattes und durch unsere sachliche Darstellung in der Dienstagnummer sehr leicht ist. Kein Wort von der Berichtigung Fleißners und der Entgegnung der Gesamtverwaltung des Konsumvereins Löbtau! Es wird verdreht, unterschlagen, gelogen ins Blaue hinein. Dabei ist den Machern dieses Pamphletes das Urteil ganz offenbar durch keinerlei Sachkenntnis getrübt. Dem Handlungsgehilfen-Blatt und seinen Hintermännern hat die Wacht sicher einen Dienst geleistet. Wir gratulieren dem Zentralverband der Handlungsgehilfen und seinem Blatt, die wir gegen die Gehässigkeiten und Unfähigkeiten der antisemitischen Radaugarde stets energisch in Schutz nahmen, zu diesem „Erfolg“. Es ist doch wenigstens etwas bei der „arbeiterfreundlichen“ Aktion herausgesprungen. Das wollten wir nur feststellen.

Genosse Adolf Reichelt, der seit dem 25. September v. J. vermißt wurde, ist am 6. d. M. auf Langebrücker Revier nahe dem Zimmerplatz erhängt aufgefunden worden. Seine zahlreichen Freunde und Genossen hatten sich bis dahin vergeblich bemüht, zu erfahren, was aus ihm geworden. Es ist anzunehmen, daß R. seit dem Tage seines spurlosen Verschwindens dort gehangen. Nur durch einen eigenartigen Zufall wurde seine Leiche gefunden. Holzsammelnde Frauen sahen den Förster kommen und versteckten sich vor ihm in dem ziemlich dichten Unterholz, kamen jedoch mit Ausdrücken des Entsetzens wieder hervor. Sie hatten den Leichnam gesehen. Es wurde sofort von den Behörden an alle Ortschaften, bis nach Berlin, telephoniert, aber von nirgends — wunderbarerweise auch nicht von Dresden — kam Nachricht, daß der Gefundene dort vermißt wurde und so wurde denn die Leiche Reichelts an Ort und Stelle begraben. In der Leipziger Zeitung wurde ein Signalement des Gefundenen gegeben und gelangte dadurch auch in die hiesigen Zeitungen. Verschiedene Freunde erkannten sofort, daß es sich um ihren so lange vermißten Freund handelte und sind gestern vormittag nach Langebrück hinausgefahren, um auch an den ihnen gezeigten Sachen sofort zu erkennen, daß ihre Vermutung die richtige war. Reichelt dürfte die That begangen haben wegen eines unheilbaren Leidens, der Schwindsucht, das es ihm unmöglich machte, in den letzten Jahren noch seiner Beschäftigung nachzugehen. Er bezog Invalidenpension, von der er sich natürlich auch nicht erhalten konnte. Seine zahlreichen Freunde und Genossen, bei denen sich R. einer großen Beliebtheit erfreute, hätten gerne alles für ihn gethan, aber er war eine viel zu feinfühlige Natur, als daß er sich nicht von solchen Freundschaftsbeweisen peinlich berührt fühlte. Er zog es vor, um niemandem zur Last zu fallen, seinem Leben, das ihm nichts mehr bieten konnte, und weil er doch seinem sicheren Tode in kürzerer Zeit entgegenging, ein Ende zu machen. R. war ein eifriger Mitkämpfer für unsere Sache und hat besonders unter dem Sozialistengesetz seine Pflicht gethan, bis sein sich immer mehr verschlimmerndes Leiden ihn vollends von jeder Parteithätigkeit abziehen. Er war ein großer Naturfreund und jeden freien Augenblick benutzte er, um in seine geliebte Heide hinauszupilgern. Nun liegt er dort unter grünen Tannen! Seine Freunde und Genossen werden ihm ein treues Andenken bewahren.

Berichtigung. Wir brachten vorige Woche eine Notiz, die den früheren Portier des Café Central, Bähler, betraf. Dazu teilt uns Herr Bähler nun mit, daß er seine Portierstelle wegen Mißhelligkeiten mit seiner Frau freiwillig aufgegeben habe, also nicht entlassen worden sei, wie wir schrieben. Ferner sei das gegen ihn eingeleitete Strafverfahren auf eine Denunziation seiner Ehefrau bei der Staatsanwaltschaft zurückzuführen; er habe deshalb gegen seine Frau Ehescheidungs- und Beleidigungsklage angestrengt.

Arbeiter-Risiko. Schon wieder ist über einen Unglücksfall an den Flutkanalbauten zu berichten. Gestern früh ist kurz nach Beginn der Arbeit der Arbeiter Richter in den in Altgruna im Bau begriffenen vier Meter tiefen Flutkanal gestürzt und so heftig mit dem Kopfe aufgeschlagen, daß sofort der Tod eintrat. Der Verunglückte hinterläßt eine fünfköpfige Familie. Bei den Flutkanalbauten sind in letzter Zeit die Unfälle verhältnismäßig häufig gewesen.

Vermischte Nachrichten. Ueber das Befinden des am Montag vormittag auf der Ammonstraße bei einem Zusammenstoße mit einem elektrischen Straßenbahnwagen schwer verunglückten Feuerwehrmannes Birchan, der sich gegenwärtig im Stadtkrankenhause befindet, ist leider nicht viel Erfreuliches zu melden. Dem Bedauernswerten sind beim Zusammenstoß beide Röhren des linken Unterschenkels in komplizierter Weise gebrochen worden und es ist noch gar nicht vorauszusehen, ob sich nicht noch eine Amputation des Gliedes notwendig machen wird. Nach Aussage des Straßenbahnführers, der den Zusammenstoß verursachte, soll die Bremsvorrichtung des Wagens nicht funktioniert haben. — Einen Einbruchsdiebstahl haben Diebe in der Nacht zum Mittwoch in einer auf der Schloßstraße gelegenen Restauration (Bienenkorb) verübt. Nach Schluß des Geschäfts haben sie in der Bierausgabe die Kasse, sowie auch zwei andere, in dem Geschäftslokale befindliche, dem Personale gehörige Geldkästen erbrochen. Glücklicherweise ist den Dieben dabei nur etwa 1 M. in Kleingeld, sowie ein unerheblicher Posten Briefmarken und Postkarten in die Hände gefallen, außerdem sind dem Bierausgeber mehrere Wäsche- und Bekleidungsstücke gestohlen worden. Die polizeilichen Untersuchungen sind im Gange.

Versammlungskalender für Sonnabend.

Krankenkasse der Klempner. Abends ½9 Uhr Generalversammlung in Merkels Restaurant, Altmarkt 8.

Krankenunterstützungs- und Sterbekasse für Riemer und Sattler zu Dresden. Abends ½9 Uhr Generalversammlung im Restaurant Stadt Zittau.

6. Reichstagswahlkreis. (Gruppe Kaitz usw.) Abends 9 Uhr Versammlung im Vereinslokal.

Gerichts-Zeitung.

Landgericht.

-r. **Arbeiterelend.** Seit längerer Zeit bereits arbeitslos, kam der 31jährige verheiratete Tischlergehilfe Georg Max T., hier, am 5. Oktober vorigen Jahres in ein Haus der Reißbahnstraße, um zu betteln. Bei dieser Gelegenheit entwendete er einen Sofatisch im Werte von 6 M., der aus einer Wohnung für kurze Zeit herausgestellt war. Diesen Tisch hat der Angeklagte für 2,50 M. verkauft und den Erlös für sich und seine Familie verbraucht. Er wendet ein, er habe aus Verzweiflung gehandelt, weil er mit seiner Familie nichts zum Leben gehabt habe. Die sehr kurze Verhandlung endet mit der Verurteilung des Angeklagten zu 1 Monaten Gefängnis. Landgerichtsdirektor Becker führt begründend aus: Obwohl der Angeklagte wiederholt rückfällig sei, habe man dessen Einwand, daß er sich nicht anders helfen zu können geglaubt habe, als beachtlich befunden und ihn für diesmal noch vor dem Zuchthause bewahrt. Auf die Frage, ob er die Strafe gleich antreten wolle, erwiderte der Angeklagte, seine Frau erwarte jeden Tag ihre Entbindung. Daraufhin wird es ihm gestattet, nach Hause zu gehen.

-r. **Noch ein wiederholt Rückfälliger** erscheint in der Person des Kutschers Friedrich Wilhelm W. in Trenben. Sein Verbrechen besteht darin, auf dem Bahnhofe in Potschappel für etwa 30 Pfg. Heu entwendet zu haben. Er sollte an einem bestimmten Tage Kohlen vom genannten Orte, wo auch eine Lori Heu, für ein Speditionsgeschäft bestimmt, stand. Von diesem lose geladenen Heu war etwas herabgefallen und W. hat davon etwas zusammengerafft, um es seinen Pferden zu füttern. Dies wurde vom Vater der Eigentümer, Gebrüder T., bemerkt. Selbst der Vorsitzende bezweifelt, ob nach Lage der Sache hier ein Diebstahl, besonders in gewinnsüchtiger Absicht, vorliegt. Der Staatsanwalt hält jedoch die Anklage aufrecht. Demgemäß wurde der Angeklagte zu der geringsten Strafe von drei Monaten Gefängnis verurteilt und ihm zugleich anheimgegeben, die Gnade des Königs anzurufen. (!)

Militärgericht.

Z. **Prozeß Göhler wegen Raubmordversuchs usw.** Die Verhandlung gegen den Soldaten Emil Oswald Göhler, über die wir bereits ausführlich berichteten, währte noch den ganzen gestrigen Tag. Die telegraphisch herbeigerufenen Zeugen sollten noch zu der Behauptung des Angeklagten, daß er sich am Neujahrstage gegen 6 Uhr abends, zu welcher Zeit der Raubmordversuch auf den Geldbriefträger Kohlmann unternommen wurde, in seinem Versteck auf dem Zimmermannschen Gute in Klingenberg befunden habe, aussagen. Göhler versuchte nämlich damit sein Alibi nachzuweisen, daß er einige Vorgänge schilderte, die sich gegen 6 Uhr auf dem Gute abgespielt haben sollen, so will er auch den Knecht Schönpflug zu dieser Zeit mit einer brennenden Laterne über den Hof gehen gesehen haben. Die Zeugen widerlegen jedoch zum Teil seine Aussagen, auch war es nicht ausgeschlossen, daß G. seine Kenntnis aus den Gepflogenheiten der Gutsbewohner von früher her hatte. Die Ermahnungen des Vorsitzenden, doch noch ein Geständnis abzulegen, blieben indessen erfolglos. Der Vertreter der Anklage wie auch der Verteidiger blieben bei ihren bereits am ersten Verhandlungstage gestellten Anträgen stehen. Nach einer mehr denn dreistündigen Urteilsberatung verkündete der Gerichtshof nachmittags gegen halb 4 Uhr das Urteil. Es lautete: Angeklagter wird wegen einfachen und schweren Rückfalldiebstahls in je 3 Fällen, Fahnenflucht, Preisgabe eines Dienstgegenstandes, versuchter Brandstiftung, versuchten Totschlags in begrifflichem Zusammenhange mit versuchtem, schwerem Raube, begangen auf öffentlicher Straße, zu 6 Jahren Zuchthaus, Versetzung in die 2. Klasse des Soldatenstandes, Entfernung aus dem Heere, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren und Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt. Auch wird auf Einziehung des bei der That gebrauchten Messers erkannt. — Befragt, ob er sich dem Urteil unterwerfen wolle, erklärte Angeklagter, daß er Berufung einlegen werde.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Die Generalkommission der Gewerkschaften veröffentlicht in der neuesten Nummer des Korrespondenzblattes ihren Rechenschaftsbericht. Im allgemeinen war die Arbeit auf den verschiedenen Thätigkeitsgebieten die gleiche wie in den Vorjahren. Nur die im vorigen Jahre erfolgten Wahlen der Vertreter der Arbeiter im Reichs-Versicherungsamt brachte eine außerordentliche Arbeit, die sich auf die Zeit vom Januar bis August vorigen Jahres erstreckte. Die fortdauernde Steigerung der laufenden Einnahmen der Generalkommission ermöglichte dieser, den Agitationskommissionen in den Außengebieten größere Mittel zur Verfügung zu stellen. Im Jahre 1900 betrug die Einnahme von Quartalsbeiträgen 61 044 M., im Jahre 1901 71 040 M. Es ist dies ein Beweis, daß die Zunahme von 99 954 Mitgliedern, die die Gewerkschaften im Jahre 1900 aufzuweisen hatten, die Finanzkraft der Gewerkschaften im Jahre 1901 gestärkt hat. Nach dieser Beitragsleistung ist anzunehmen, daß der Verlust an Mitgliedern im Jahre 1901 nicht bedeutend gewesen sein kann und die Beitragsleistung in den Organisationen regelmäßiger geworden ist.

Die Auflage des Korrespondenzblattes stieg von 10 900 Exemplaren im Dezember 1900 auf 12 100 Exemplare im Dezember 1901. Die Auflage des italienischen Blattes L'Operaio Italiano hat sich im letzten Jahre nicht vergrößert. Den wiederholten Anträgen der Genossen aus den Bezirken, in denen die polnische Sprache vorherrschend ist, gab der Gewerkschaftsausschuß schließlich nach und es wurde am 1. April 1901 ein polnisches Organ Oswiata (Erleuchtung) ins Leben gerufen. Die Einrichtung wurde in der gleichen Weise getroffen, wie bei L'Operaio Italiano, d. h. von den Herstellungskosten tragen die Verbände, die das Blatt beziehen, zwei Drittel und die Generalkommission trägt ein Drittel. Das Blatt hat bisher eine Auflage von 3000 Exemplaren. Die Einnahmen der Generalkommission betrugen im Jahre 1901 mit dem Bestande vom 31. Dezember 1900 in Höhe von 20 659,31 M. 118 865,04 M., die Ausgaben 70 145 M., so daß in das Jahr 1902 ein Bestand von 48 720,04 Mark übernommen werden konnte.

In einer Buchdrucker-Versammlung in Hamburg, die von der Gewerkschaft der Buchdrucker einberufen wurde, und in der der Redakteur der Buchdruckerwacht, Wolf, anwesend war, wurde folgende Resolution angenommen:

„Die heutige Zusammenkunft der Gewerkschaftsmitglieder von Bremen, Harburg und Hamburg ersucht die Generalkommission der Gewerkschaften, eine Einigung zwischen Verband und Gewerkschaft herbeizuführen. Sollte die Generalkommission die Einleitung von Verhandlungen unterseits ablehnen und sodann das Zentralkomitee an die Generalkommission nicht selbständig zwecks Einigung herantreten, würden die Bremer und Harburger Mitglieder der Gewerkschaft der Buchdrucker ihren Austritt als vollzogen erklären müssen.“

Unternehmer-Terrorismus. Der Deutsche Tapezierer-Bund, Vorort Berlin, hat durch seinen Zentralvorstand an seine Mitglieder ein Zirkular verbreiten lassen, in dem die Teilnehmer dieser Organisation zum gegenseitigen Schutz bei „ungerechtfertigten“ Streiks verpflichtet werden. Keiner darf Arbeiter einstellen, wenn irgend wo gestreikt wird, widrigenfalls ein Wechsel in Höhe von 150 M. verfällt, der für diesen Fall in Händen der Leitung der Unternehmerorganisation bleibt. Die Herren behaupten, sie seien zu dieser Maßnahme durch die „frivolen“ Forderungen der organisierten Tapezierer und durch den „Druck“, den sie auf sie ausüben, gelangt.

Man sollte es nicht glauben, wie die armen Unternehmer — ganz besonders unter der gegenwärtigen Krise — von den herrschsüchtigen Arbeitern terrorisiert werden. Aber das ist kein Terrorismus, den die Unternehmer auf ihre Kollegen ausüben. . . .

Kleine gewerkschaftliche Nachrichten. Die Marmorarbeiter Berlins und der Vororte beschlossen, ihre Lokalorganisation in einen Zentralverband umzuwandeln. — Der dänische Dampfschiffsreederverband hat beschlossen, nicht nachzugeben und den Streik bis aufs äußerste fortzusetzen. — Von der Grubengesellschaft Marihane in Seraing (Belgien) wurden 650 Arbeiter ausgesperrt. — Die Mannesmann-Werke in Rath bei Düsseldorf haben 200 Arbeitern gekündigt.

Oesterreichische Gewerkschaften im Jahre 1901. Die österreichische Gewerkschaftskommission hat ihren Bericht über die Entwickelung der Gewerkschaftsbewegung in Oesterreich im Jahre 1901 erstattet. Der Bericht ist eine sehr ernste Mahnung für die österreichische Arbeiterschaft. So erfreulich die Wahrnehmung ist, daß die Organisation durch immer engeren Zusammenschluß auf der einen Seite und Berufsgliederung der in Oesterreich noch vorhandenen allgemeinen Gewerkschaften auf der anderen Seite innerlich gewonnen hat, so sehr muß die Thatsache bedauert werden, daß die Mitgliederzahl der Gewerkschaften abgenommen hat. Obwohl am 1. Januar 1901 die Beiträge um 50 Proz. erhöht wurden, waren die Einnahmen der Gewerkschaftskommission nicht nur nicht höher als vorher, sondern bei Berücksichtigung der Beitragserhöhung geringer als in irgend einem Jahre seit 1897. Die Durchschnittsberechnung ergiebt gegen das Vorjahr einen Verlust von 17 371 Mitgliedern. Dabei spricht zweifellos die Krise ein gewichtiges Wort mit, offenbar entbehren aber auch die österreichischen Gewerkschaften noch jener inneren Festigung, die es ermöglicht, auch solche Krisen ohne Verluste zu überstehen.

Dresdener Theater.

Sonnabend den 22. Februar.

Opernhaus. (Altstadt.) Die Afrikanerin. Große Oper in fünf Akten von E. Skribe. Musik von Giacomo Meyerbeer. Anfang 7 Uhr.

Schauspielhaus. (Neustadt.) Ueber unsere Kraft. Schauspiel in zwei Teilen von Björnson. Erster Teil. In zwei Aufzügen. Anfang ½8 Uhr.

Residenztheater. Gastspiel von Frl. Jenny Groß und Adolf Klein vom Lessingtheater in Berlin. Zum erstenmal: Die lieben Feinde. Lustspiel in drei Aufzügen von Hugo Lubliner. Anfang ½8 Uhr.

Central-Theater.
Variété.
Täglich Vorstellung.
Einlaß 7 Uhr. Anfang ½8 Uhr.
Sonn- und Feiertags 2 Vorstellungen:
Nachmittags (ermäßigte Preise) Einlaß 3 Uhr, Anfang ¼4 Uhr.
Abends ½8 Uhr gewöhnl. Preise.

Victoria-Salon.
Die Budapester Singspiel-Gesellschaft
„Springer und Pauly“.
Neu: Mirza Golems
Anfang ½8 Uhr. Sonntags ¼4 und ½8 Uhr.
Im Tunnel von 7 (Sonntags von 5) Uhr an: Frei-Konzert.

Wetterbericht nach der Wettersäule auf der Carolabrücke vom 21. Februar, vormittags 10½ Uhr.

Barometer: 754. — Veränderlich.
Thermometer: + 4½° R.
Thermometrograph n. Reaumur: Min. — 3°, Maxim. + 4°.
Hygrometer: 86°.
Wasserstand der Elbe: 80 cm — 0.

SLUB Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19020221/8
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG